

AKADEMIE -REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING

Buchensee 1 ■ 82327 Tutzing ■ Telefon 08158/256-0 ■ Fax 08158/256-14+51
Internet: <http://www.apb-tutzing.de> ■ E-mail: info@apb-tutzing.de



1 / 2009

Zeitenwende oder Normalisierung?

Das Ergebnis der Landtagswahl unter der Lupe



Der neue Ministerpräsident Horst Seehofer kündigte in Tutzing einen „dramatischen Wechsel im Politikstil“ an. Links Akademiedirektor Heinrich Oberreuter

Foto: Staatskanzlei

Das Führungspersonal der bayerischen Parteien traf sich in Tutzing, um das in vielerlei Hinsicht bemerkenswerte Ergebnis der Landtagswahl zu analysieren. Gemeinsam mit Wahlforschern und Journalisten diskutierten Ministerpräsident Horst Seehofer, der frühere CSU-Vorsitzende Erwin Huber, SPD-Fraktionschef Franz Maget, die FDP-Landesvorsitzende Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Freien Wähler Michael Piazzolo sowie der Grünen-Fraktionsvorsitzende Sepp Daxenberger. Vorträge und Gespräche drehten sich um die Ursachen für das CSU-Desaster, die erneute SPD-Niederlage und die Erfolge der kleinen Parteien.

Siehe Seite 3 bis 13

Aufregung statt Aufklärung

Boulevardisierung der Politik



„Das Ende ist nah“

Zeichnung: Hanitzsch

Schleichende Entpolitisierung, Emotionalisierung und Negativismus, dazu eine starke Publikumsorientierung mit immer mehr Boulevardisierung in den Medien. Gleichzeitig Populismus und Inszenierung statt Substanz in der Politik. Diese Begleiterscheinungen der Mediendemokratie, die immer mehr zur Mediokratie wird, waren das Thema einer gemeinsamen Veranstaltung mit der Evangelischen Akademie, bei der Berliner Politiker und Journalisten mit Wissenschaftlern zusammentrafen.



Die Grünen-Chefin Claudia Roth bedauerte die falsche Personalisierung von Politik

Siehe Seite 14 bis 16

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Zeitenwende oder Normalisierung?	
Zutrauen statt Zumutungen	3
„CSU-Niederlage kein kurzfristiger Betriebsunfall“	4
Personal- und Kompetenzprobleme der BayernSPD	5
FDP will Landesbank privatisieren	6
Premium-Opposition mit Gestaltungsanspruch	6
Von den Schwächen der CSU profitiert	7
„Der Abstieg begann bereits 2003“	8
Religiosität und Wahlentscheidung	9
„Auch Edmund Stoiber hat diese Wahl verloren“	10
 <i>Akademiegespräch im Landtag:</i>	
Abgehobene Führung und Fehlentscheidungen	11
 Aufregung statt Aufklärung	14
 Eingebildete Bildungsrepublik?	17
 Mindestlohn und Flexibilität am Arbeitsmarkt	20
 Abstimmungen über Unabstimmbares	23
 Eine globale Sicht auf die „68er“	26
 40 plus 20 ergibt 60	28
 Wirtschaftsboom in Indien und China	31
 NATO-Schule besucht Akademie	33
 Die Zukunft des Journalismus ist multimedial	33
 <i>Blick in die Akademiegeschichte:</i>	
Vor 50 Jahren:	
Die Akademie nimmt ihre Tätigkeit auf	34
 Rezensionen – Neuerscheinungen – Publikationen	35
 Jahresbibliografien 2008	37
 Pressespiegel	41
 Themen – Tagungen – Termine	45
 Namen und Nachrichten / Anmeldeformular	48

Direktor der Akademie:

Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich **Oberreuter**

Vorsitzender des Kuratoriums:

Prof. Dr. Dr. h.c. (mult.) Hans **Maier**

Vorsitzender des Beirats:

K. Heinz **Eisfeld**

Kollegium:

Dr. Saskia **Hieber**, M.A.

Internationale Politik

Dr. Gero **Kellermann**, Dozent

Staats- und Verfassungsrecht, Rechtspolitik

Stefan **Köppl**, M.A.

Pers. Referent des Direktors

Parlamentarismus- und Parteienforschung

Dr. Wolfgang **Quaisser**, Dozent

Wirtschafts- und Sozialpolitik

Dr. Michael **Schröder**, Dozent

Medien, Kommunikationspolitik,

Öffentlichkeitsarbeit

Dr. Manfred **Schwarzmeier**

Parlamentarismus- und Parteienforschung

Dr. Michael **Spieker**

Ethische und theoretische

Grundlagen der Politik

Dr. Jürgen **Weber**, Dozent

Politikwissenschaft, Zeitgeschichte

Karl-Heinz **Willenborg**, Dipl. Soz.

Gesellschaft und Umwelt,

Sozialpolitik und -arbeit

Organisationsreferat:

Dr. Manfred **Schwarzmeier**

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Online-Redaktion: Karin **Siebert**, M.A.

Akademie-Report

Herausgeber:

Akademie für Politische Bildung

Buchensee 1 82327 Tutzing

Tel. 08158/256-0 Fax 08158/256-14

Internet: <http://www.apb-tutzing.de>

E-Mail: K.Sittkus@apb-tutzing.de

Redaktion:

Prof. Dr. Dr. hc. Heinrich **Oberreuter**

(verantw.)

Dr. Michael Schröder

(Redaktion und Gestaltung)

Mitarbeit / Layout: **Karin Sittkus**

Druck:

Dinauer Medienbetrieb GmbH

Lindberghstraße 4 82178 Puchheim

Logo: **KR-Team Karin Rappenglück, Pöcking**

Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben

ISSN 1864-5488

Zeitenwende oder Normalisierung?

Politiker, Wissenschaftler und Journalisten
analysieren die bayerische Landtagswahl

Die politischen Führungsspitzen aus Staatsregierung, Landtag und Parteien diskutierten zwei Monate nach der bayerischen Landtagswahl und sechs Wochen nach der Koalitionsbildung die Ursachen des Ergebnisses. Gemeinsam mit renommierten Wahlforschern und Demoskopen analysierten sie das CSU-Desaster, die neuerliche Niederlage der SPD und die Erfolge der kleinen Parteien.

Zutrauen statt Zumutungen

Ministerpräsident Horst Seehofer kündigt
„dramatischen Wechsel im Politikstil“ an

Einen grundlegenden Wechsel beim Stil und Inhalt der Politik in Bayern kündigte der neue Ministerpräsident Horst Seehofer an. In seiner neuen Funktion und wenige Tage nach der Regierungserklärung war dies sein erster Auftritt in der Akademie, der von einem großen Medienaufgebot begleitet wurde.

„Niederlagen fördern Wahrheiten zutage“

Der neue CSU-Vorsitzende Seehofer bemängelte, dass jahrelang keine Wahlanalysen stattgefunden hätten: „Vorhandene Erkenntnisse wurden nicht zur Kenntnis genommen. Der Niedergang begann mit dem grandiosen Wahlerfolg von 2003.“ Strukturelle Probleme der CSU hätten sich verfestigt und beschleunigt. Den Slogan „Näher am Menschen“ hätten die Bürger so nicht wirklich erlebt. Auf die Frage nach der Lebensdauer dieser Floskel sagte Seehofer: „Mein neuer Generalsekretär wird sich in überschaubarer Zeit etwas Gutes einfallen lassen.“ Auf vielen Politikfeldern habe es zu viele und zu schnelle Wechsel gegeben. Als Beispiele nannte er das achtjährige Gymnasium und die Pannen beim Büchergeld.

Seehofer forderte von seiner Partei, „den Politikstil im Sinne von mehr Dialog dramatisch zu verändern“: „Ein

‚Weiter so‘ kann und darf es nicht geben“. Die „bittere Wahlniederlage“ fördere Wahrheiten zutage und werde Konsequenzen haben. Man müsse den Mut haben, falsche Entscheidungen zu korrigieren, wie zum Beispiel den Aus-



Ministerpräsident Horst Seehofer: „Diskussionen müssen ausgetragen werden, nicht ausgetreten!“
Foto: Staatskanzlei

bau des Flughafens Oberpfaffenhofen. Das habe nichts mit Querulanten, Opportunismus, Populismus und mangelndem Teamgeist zu tun, wandte sich Seehofer gegen vielfältige Kritik an seiner Person. „Wenn die Volksparteien überleben wollen, müssen sie die Kraft

haben, in sich eine programmatische Breite zu ertragen. Geschlossenheit ist nicht das Maß aller Dinge. Diskussionen müssen ausgetragen werden, nicht ausgetreten!“ forderte der Ministerpräsident. Allerdings müssten dann auch einmal getroffene und richtige Entscheidungen geschlossen nach außen vertreten werden. Zunächst müsse ein offener Dialog geführt werden, erst danach sollten Politiker Orientierung und Führung vermitteln.

„Krisen schaffen Bewusstsein“

Mit der internationalen Banken- und Finanzkrise sei das Weltbild des „Spekulationskapitalismus“ zusammengebrochen, sagte Seehofer. Jetzt müsse von München aus eine „Renaissance der Sozialen Marktwirtschaft zwischen Spekulationskapitalismus und Sozialismus“ ausgehen, forderte er. Politik brauche geistige Grundüberzeugungen. Sie müssten aber auch vermittelt werden. Von diesen Grundlagen aus müsse man dann praktische Politik für die Menschen, nicht für die Verbände machen.

Die gegenwärtige Krise biete auch eine Chance: nämlich das Bewusstsein für die Notwendigkeit einer sozialen Politik zu schaffen: „Da brauche ich meinen Kompass nicht zu verstellen.“ Er erinnerte daran, dass er nach den Leipziger CDU-Beschlüssen, die für ihn zu sehr marktradikale Programme in den Vordergrund stellten, als Bundesminister zurückgetreten sei.

Die neue bayerische CSU/FDP-Koalition werde in einem vernünftigen Wettbewerb um die besten Ideen deutliche Schwerpunkte setzen: Bildung, Klimaschutz, Steuererleichterungen und Investitionshilfen. „Wir dürfen unsere Wirtschaftskraft nicht für Re-



paraturen verschwenden, sondern müssen sie für die Prävention einsetzen.“ Dazu zähle die Mobilisierung der Finanzmärkte, das Vorziehen von Investitionen und das Bereitstellen von Investitionsanreizen: „Statt Zumutungen müssen wir den Menschen Zutrauen geben“, sagte der bayerische Ministerpräsident.

Steuersenkungen gefordert

Angesichts der Finanz- und Bankenkrise dürfe die Politik nicht wie das Kaninchen auf die Schlange starren: „Wenn sich die Politiker für ohnmächtig erklären, dürfen wir uns nicht wundern, wenn die Menschen sagen: ‚Wir brauchen Euch nicht mehr‘.“ Deshalb seien verbindliche Spielregeln für die Finanzmärkte dringend erforderlich. Außerdem müsste schnell etwas gegen den „schleichenden Wohlstandsverlust“ der Mittelschicht getan werden, die dringend Steuerentlastungen brauche: „Die kalte Steuerprogression muss gebremst werden. Wir reden zwar von Entlastung, tun aber das Gegenteil.“ So sehe für ihn keine Glaubwürdigkeit aus.

Michael Schröder

„CSU-Niederlage kein kurzfristiger Betriebsunfall“

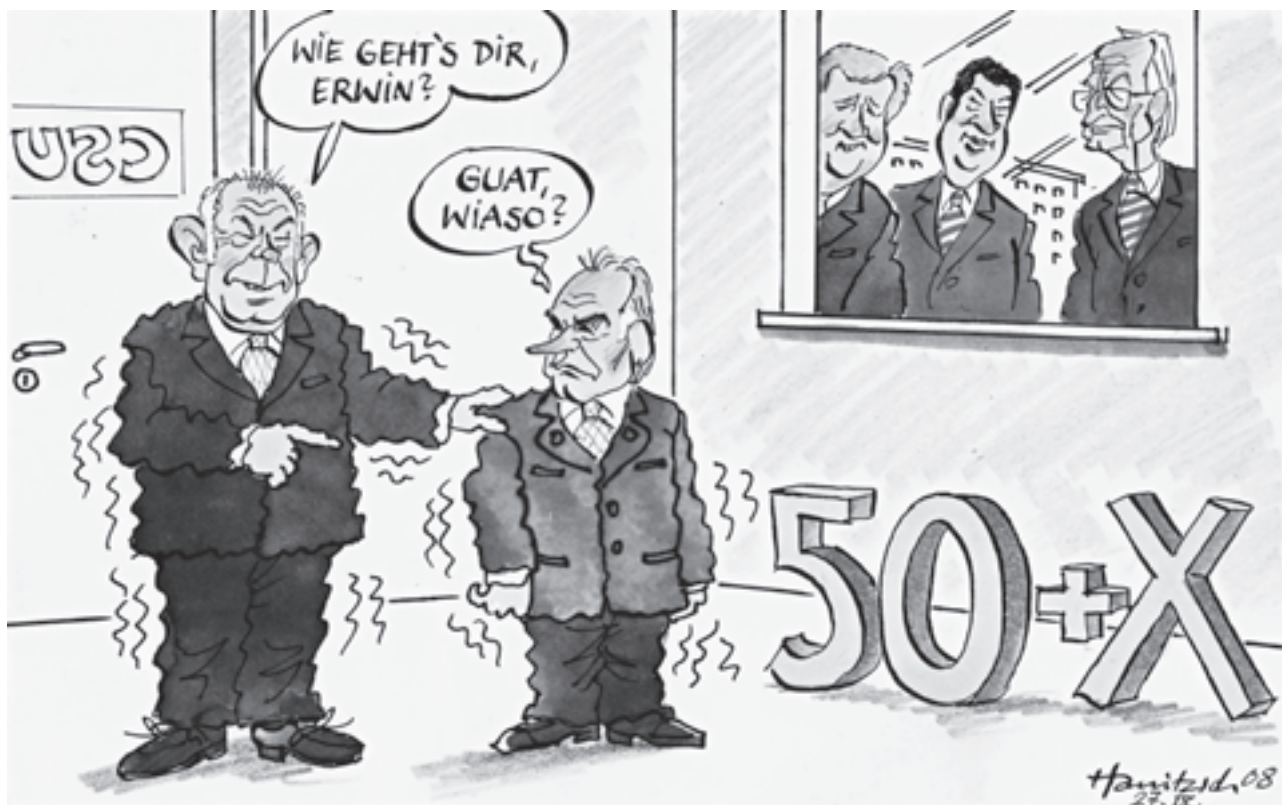
Erwin Huber sieht Glaubwürdigkeitskrise – Stilfragen überlagern Sachfragen

Eine offene und schonungslose Analyse des bayerischen Landtagswahlergebnisses aus CSU-Sicht lieferte der ehemalige Parteivorsitzende und Finanzminister Erwin Huber. Er bot gleich ein ganzes Bündel von Erklärungsversuchen und Ursachen für die „schmerzliche Niederlage und tiefe Zäsur“: „Stilfragen, Moral und Glaubwürdigkeit der Politiker sind von erheblicher Bedeutung und überlagern die Sachthemen. Eine gute Leistungsbilanz allein bringt es nicht mehr“, sagte der CSU-Politiker. Huber sieht die Ursachen für den Verlust von 17 Prozent in der Wählergunst auch in einer seit längeren Zeit anhaltenden Glaubwürdigkeits- und Vertrauenskrise, die sich über die gesamten fünf Jahre der letzten Legislaturperiode erstreckte: „Wir haben diese Bedeutung nicht er-

kannt. Das Ergebnis ist kein kurzfristiger Betriebsunfall. Wir werden mehrere Jahre brauchen, um eine neue Vertrauensbasis aufzubauen. Die Meßlatte ist nicht das Wahljahr 2009, sondern die nächste Landtagswahl 2013.“

Zu ehrgeizige Reformpolitik

Nach dem Wahlsieg von 2003, der mit der Zweidrittelmehrheit ein „Ausnahmeergebnis“ darstellte, habe es eine Hybris gegeben und eine zu ehrgeizige Reformpolitik. Die rigide Sparpolitik, die Arbeitszeitverlängerung für Beamte, die Forst- und Verwaltungsreform und die überschnelle Einführung des achtjährigen Gymnasiums hätten der CSU geschadet. Besonders die Bildungs- und Familienpolitik



„Der Tag davor“

Zeichnung: Dieter Hanitzsch

habe zu einem rapiden Verlust an Stimmen von Frauen geführt.

Schließlich sei auch die Übergangszeit von Stoiber zu Beckstein mit neun Monaten zu lang gewesen und die Zeit zur Profilierung des Tandems Beckstein/Huber bis zur Wahl mit einem Jahr viel zu kurz. Auch das unbefriedigende Ergebnis der Kommunalwahlen im März 2008 habe sich als Belastung erwiesen.

Obligatorischer Seitenhieb

Huber vergaß nicht den obligatorischen Seitenhieb auf die Kanzlerin und die Große Koalition in Berlin: „Der



Erwin Huber: Übergangszeit von Stoiber zu Beckstein zu lang

Foto: Schauer

Grant bei uns war groß, als sie eine Woche nach der Wahl 10 Milliarden Steuererleichterungen ankündigte. Warum nicht zwei Wochen vorher?“

Späte Genugtuung empfindet Huber über das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Pendlerpauschale, das ihm nachträglich Recht gibt. „Wir müssen den Weg nach Forderung von Steuersenkungen konsequent weitergehen“, sagte Huber und unterstützte noch einmal die Forderungen des neuen CSU-Vorsitzenden und bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer gegenüber Angela Merkel.

MS

Siehe Presseschau ab Seite 41

Personal- und Kompetenzprobleme der BayernSPD

Franz Maget spart nicht mit Selbstkritik und bezieht die Bundespartei mit ein

Franz Maget, SPD-Fraktionsvorsitzender im Bayerischen Landtag, kann sich zwar immer noch freuen über die „nachhaltige Veränderung der politischen Landschaft in Bayern“ nach dem CSU-Desaster bei der Landtagswahl am 28. September. Aber er sparte auch nicht mit offener Kritik und ehrlicher Analyse der anhaltenden strukturellen Probleme der BayernSPD. Nach dem CSU-Absturz stand die SPD mit ihrer Niederlage medial nicht im Fokus des öffentlichen Interesses, aber die Probleme bleiben und lassen sich nicht wegdiskutieren.

Neben der zusätzlichen Konkurrenz am Wählermarkt durch zahlreiche Mitbewerber sieht der SPD-Spitzenmann Maget als Ursache das Leiden seiner Partei an den Folgen der Schröder-schen Agenda-Politik bis heute: „Sie hat dem Land geholfen, aber der Partei geschadet.“ Dagegen würden Freie Wähler und Linke gewählt, obwohl man ihnen keinerlei Problemlösungskompetenz zutraue: „Aber sie bringen angeblich frischen Wind und stellen die richtigen Fragen. Das reicht schon“, sagte Maget.

Fehlendes Kompetenzteam

Obwohl für die Demoskopen zwei Wochen vor der Wahl klar wurde, dass sich an den Mehrheiten im Landtag etwas ändern würde, konnte die SPD davon nicht profitieren: „Es gab eine weit verbreitete Skepsis gegenüber der Regierungskompetenz der SPD. Der Bürger traut uns das nach über 50 Jahren ohne Regierungsbeteiligung in Bayern offenbar nicht mehr zu“, meinte Maget. Selbstkritisch räumte er ein, versäumt zu haben, dem Kabinett Beckstein ein SPD-Kompetenzteam entgegen zu setzen.

Zu einem weiteren Verlust der SPD in der Wählergunst habe der unklare Kurs

auf der Bundesebene rund um die Situation in Hessen – verbunden mit den Namen Ypsilanti, Beck und Müntefering – geführt.



Franz Maget: „Die Agenda-Politik von Kanzler Schröder hat dem Land genutzt, aber der Partei geschadet.“

Fotos: ms

Erfolgreiche Kommunalpolitiker besser präsentieren

Die SPD in Bayern habe in ganzen Landstrichen keine attraktiven Kandidaten mehr. Maget setzt deswegen ein „Restrukturierungsprogramm der Parteiorganisation“ ganz oben auf seine Projektliste für die Zukunft. Er sparte aber auch nicht mit Kritik an der Bundespartei, „die grob fahrlässig die Bedeutung Bayerns für die strukturelle Mehrheit der SPD im Bund nicht erkennt. Bei einem weiteren Abwärtstrend der SPD in Bayern gibt es keine Chance auf eine Mehrheit im Bund“, sagte der SPD-Fraktionsvorsitzende. Probleme sieht er auch bei der Präsentation attraktiver Kandidaten. Erfolgreiche Kommunalpolitiker müssten auf der Landesebene und im Landtag eine bedeutendere Rolle spielen. *MS*



FDP will Landesbank privatisieren

Leutheusser-Schnarrenberger: Erfolg als
Bürgerrechtspartei mit Wirtschaftskompetenz

Unzufriedenheit mit dem CSU-Spitzenpersonal und den Inhalten der CSU-Politik, insbesondere bei Bildung und Schule, waren nach Ansicht der bayerischen FDP-Landesvorsitzenden Sabine Leutheusser-Schnarrenberger die Hauptgründe für den Wiedereinzug der FDP in den Bayerischen Landtag: „Wir wurden wegen unserer Themenbezogenheit gewählt“, sagte sie. „Wir haben profitiert von einer Aufbruchstimmung gegen die CSU, deren Politik in den letzten Jahren über die Köpfe der Menschen hinweg ging und deren Personal ohne Einsichtsfähigkeit regierte.“ Die FDP habe sich im Wahlkampf auf Bildung, Wirtschaft/Steuern und Bürgerrechte fokussiert und mit einer personellen Doppelspitze eine gut organisierte Kampagne geführt, die sich auf die letzten vier Wochen vor der Wahl konzentriert habe.

Die FDP werde als Juniorpartner nicht zulassen, dass der neue Ministerpräsident Seehofer alle Themen und Begriffe besetze. Mit den Zukunftsressorts Wirtschaft und Wissenschaft habe man die richtige Wahl getroffen – wenn auch das Innenministerium durchaus in der engeren Wahl war.

Krisenbekämpfung ohne Alternative

Zu den gegenwärtigen Milliardenproblemen der Landesbank sagte Leutheusser-Schnarrenberger, dass diese Krise alles überlagere und leider gebe es zur aktuellen Bekämpfungsstrategie keine Alternative. Als mittelfristiges Ziel nannte sie die Privatisierung der Landesbank.

Positiv wertete sie einen neuen Stil im Parlament mit mehr Offenheit in den Debatten: „Es schadet nicht, wenn da was aufbricht. Es ist hervorragend, wenn wieder das gute Argument zählt.“ Zu wechselnden Mehrheiten werde es aber nicht kommen: „Das ist das Ende einer Koalition“, sagte die ehemalige Bundesministerin. Sie wandte sich ge-

gen die Pläne von Bundesinnenminister Schäuble, zukünftig Enthaltungen im Bundesrat nicht zu zählen: „Das ist anlassbezogen wegen der fehlenden Mehrheit für das BKA-Gesetz, aber ohne Aussicht auf Erfolg“, sagte Leutheusser-Schnarrenberger. Angesprochen auf die geheimen Zusatzprotokolle zum Koalitionsvertrag meinte sie: „Von mir aus hätte man die Passagen auch in den offenen Teil des Vertrages schreiben können – da stehen ganz normale Sachen drin.“

MS



Sabine Leutheusser-Schnarrenberger: „CSU regierte ohne Einsichtsfähigkeit“

Premium-Opposition mit Gestaltungsanspruch

Fraktionschef Daxenberger über die Rolle der Grünen im neuen Landtag

„Das Wahlziel der Grünen in Bayern, die absolute CSU-Mehrheit zu brechen, wurde erreicht“, sagte Sepp Daxenberger, Fraktionsvorsitzender der Grünen im Bayerischen Landtag. Als



Sepp Daxenberger: „schwarz-grüne Option in Bayern unrealistisch“

selbsternannte „Premium-Opposition“ habe man aber noch zwei andere Ziele, die nicht erreicht wurden: nicht auf Dauer in der Opposition bleiben und die CSU als Regierungspartei ablösen. 2008 habe man zum ersten Mal die realistische Chance gehabt, die Macht-

frage zu stellen und eine Mehrheit jenseits der CSU zu organisieren. Dies sei jedoch an der FDP gescheitert. Die schwarz-grüne Option sei in Bayern unrealistisch, ebenso wie Rot-Grün. Daher habe man früh auf eine Vierer-Koalition gesetzt.

„Wir waren, sind und bleiben eine Themenpartei, die auf Klimaschutz, Energiepolitik, Bildung und Gentechnik setzt“, betonte Daxenberger. Er sei zwar ernüchtert angesichts der Wahlerfolge von FDP und Freien Wählern, freue sich aber über das gute Ergebnis der Grünen, das erzielt wurde, ohne eine Option auf die Macht zu haben. Er wandte sich gegen den Begriff des „bürgerlichen Lagers“, das es so nicht mehr gebe: „Es löst sich auf – die festen Bindungen sind am Ende.“ Er sehe eine deutliche Absetzbewegung bei den Landwirten weg von der CSU: „Da tut sich was.“ Die neuen Verhältnisse im Landtag nimmt er als Chance, auch wenn es unter den Bedingungen der Mediendemokratie für die Grünen im Landtag als kleinste Fraktion schwieriger geworden sei, für sich neben den anderen beiden größeren Oppositionsparteien mediale Aufmerksamkeit zu erlangen. MS



Von den Schwächen der CSU profitiert

Wahlerfolg und Zukunftsperspektiven der Freien Wähler

Den schwierigen Spagat der Freien Wähler (FW) zwischen „Nicht-Partei“ und ihrer neuen Rolle als Fraktion im Landtag beschrieb deren stellvertretender Fraktionsvorsitzender Michael Piazolo. Er sieht drei Gründe für den Wahlerfolg seiner Gruppierung: „Es gab einen moderaten Wunsch nach einem Wechsel – man wollte die CSU schwächen, aber bürgerlich bleiben.“



Michael Piazolo: „Es muss wieder eine Herrschaft durch und für das Volk geben“

Nach 46 Jahren der CSU-Alleinherrschaft habe sich in großen Teilen der Bevölkerung das Gefühl breit gemacht, die CSU sei arrogant und betreibe keine Politik mehr im Sinne der Mehrheit. „Uns kannten sie aus den Kommunen und hatten Vertrauen zu den Kandidaten“, sagte Piazolo. Schließlich habe auch das schwache Tandem Huber/Beckstein und die Glaubwürdigkeit und Authentizität des FW-Spitzenkandidaten Hubert Aiwanger zum Erfolg beigetragen.

Gegen den Vorwurf, die Freien Wähler hätten kein Programm, wandte Piazolo ein, es gebe programmatische Leitlinien, die allerdings etwas „weicher“ abgefasst seien. Man wolle in Zukunft neue Formen der Bürgerbeteiligung einführen und die bestehenden Elemente der direkten Demokratie in Bayern stärken und ausbauen: „Es

muss wieder eine Herrschaft durch und für das Volk geben“, sagte der gelernte Politikwissenschaftler, Hochschullehrer und frühere Dozent der Tutzinger Akademie. Direktor Heinrich Oberreuter wandte ein, dass es auf den genannten Schwerpunktfeldern der Freien Wähler (Bildung, Entwicklung des ländlichen Raums, Regionalpoli-

tik, Mittelstandsförderung und Stärkung der Bürgerrechte) erhebliche Überschneidungen mit den anderen Oppositionsparteien gebe: „Man darf gespannt sein, welche Partei hier zukünftig im Wettbewerb um die Wähler am erfolgreichsten ist und wie die Freien Wähler programmatisch und als Fraktion zusammenfinden.“ MS



„Fensterln bei Beckstein“

Zeichnung: Dieter Hanitzsch

„Der Abstieg begann bereits 2003“

Meinungsforscher Helmut Jung analysiert die Schwächen des CSU-Wahlkampfes

Gleich ein ganzes Bündel von Ursachen für die CSU-Niederlage sieht der Hamburger Wahl- und Meinungsforscher Helmut Jung von der Gesellschaft für Markt- und Sozialforschung (GMS).

Auch für ihn beginnt der Absturz der CSU im Jahr 2003 „nach dem nicht wiederholbaren Ausnahmeerfolg der Zweidrittelmehrheit“. Der einsetzende

programm „Bayern 2020“ sei von seinen Nachfolgern nicht wirklich angenommen und angepackt worden.

Scharfe Kritik äußerte Jung auch an der Wahlkampfplanung der erfolgsverwöhnten CSU: „Zu wenig und zu späte Planung“ – so sein Fazit. Die neue Generalsekretärin Haderthauer habe in der Parteizentrale zu wenige Mitarbeiter mit Wahlkampferfahrung um sich

gehabt und eine durch lange Zusammenarbeit ermüdete Werbeagentur sei nicht ausgetauscht worden. Der Slogan „Stolz auf Bayern“ habe nichts genutzt, sondern eher geschadet. Der „Kreuzzug gegen die Linkspartei“ sei auf keine Resonanz gestoßen und die positive Formel „Mehr Netto von Brutto“ kam viel zu spät. Eine Schlussmobilisierung im Wahlkampf sei völlig ausgeblieben. Der Wahlkampf insgesamt habe eher die „bedingte Wechselstimmung“ hin zu einer Koalitionsregierung befördert. So habe zuletzt selbst ein Viertel der CSU-Wähler eine Koalition mit der FDP befürwortet.

Statt Koordination und Planung gab es eine „mangelhafte Abstimmung und Kommunikationsspannen“ zwischen Regierung, Fraktion, Partei und Berliner CSU-Landesgruppe. Als Alarmzeichen stufte Jung die Tatsache ein, dass nur noch ein Drittel aller Wähler eine CSU-Alleinregierung wollte und sogar ein Viertel der CSU-Wähler sich für eine Koalition aussprach, also Kontrolle durch einen Partner wünschte. Für die Zukunft der CSU sieht Jung „neue, nachhaltige Hürden für das Überspringen der 50 plus X-Marke“.

harte Sparkurs der Stoiber-Regierung, die Verwaltungsreform und die überstürzte Einführung des achtjährigen Gymnasiums, das Hin und Her um das Büchergeld – dies alles habe die Bewegung weg von der CSU gefördert: „Bereits bei der Bundestagswahl 2005 sind viele CSU-Wähler zur FDP gegangen“, sagte Jung.

Der Rückzug Stoibers von der Berliner Bühne sei von vielen Wählern als „Fahnenflucht“ empfunden worden. Schließlich habe auch die „viel zu lange Übergangszeit“ von Stoiber zu Beckstein und Huber ihren Anteil am Verlust der CSU: „Die ungeliebte Doppelspitze konnte sich nicht profilieren.“ Das noch von Stoiber am Ende seiner Amtszeit vorgestellte Zukunfts-

GMS	
3. Zusammenhänge zwischen „Werten“ und Parteilaffinität /2	
> Unterschiede in den Ausprägungen individueller Wertorientierungen	
Basis: Befragte, deren pers. Lebensgefühl zu 75-100% mit der jeweiligen Partei übereinstimmt	
Wert ist mir wichtig / außerordentlich wichtig (im Vergleich zum Durchschnitt aller Befragten)	
Union	SPD
Die stärksten Werte	Die stärksten Werte
Privacy +6%	Daseinsgenuss +8%
Religiosität +6%	Toleranz +8%
Macht +5%	Kooperation +6%
	Erwerbiökonomik +5%
Die schwächsten Werte	Die schwächsten Werte
Keine Abweichungen vom Durchschnitt	Keine Abweichungen vom Durchschnitt
*maximal 5 Werte mit mehr als 5% Abweichung vom Durchschnitt	
Wahlkampf und Parteilaffinität, Tübingen, den 12. Dezember 2004	

GMS		
3. Zusammenhänge zwischen „Werten“ und Parteilaffinität /3		
> Unterschiede in den Ausprägungen individueller Wertorientierungen		
Basis: Befragte, deren pers. Lebensgefühl zu 75-100% mit der jeweiligen Partei übereinstimmt		
Wert ist mir wichtig / außerordentlich wichtig (im Vergleich zum Durchschnitt aller Befragten)		
FDP	Grüne	PDS
Die stärksten Werte	Die stärksten Werte	Die stärksten Werte
Aktivität +15%	Anerkennung +13%	Toleranz +9%
Privacy +6%	Daseinsgenuss +10%	Altruismus +8%
Religiosität +6%	Moral +8%	Aktivität +7%
	Toleranz +7%	
	Kooperation +7%	
Die schwächsten Werte	Die schwächsten Werte	Die schwächsten Werte
Sicherheit -9%	Leistung -7%	Sicherheit -15%
Verantwortung -9%	Religiosität -6%	Pflichterfüllung -13%
Moral -8%	Erwerbiökonomik -5%	Leistung -12%
Harmonie -7%		Abenteuer -11%
Vertrauen/Kontakt -6%		Selbstverwirklichung -10%
*maximal 5 Werte mit mehr als 5% Abweichung vom Durchschnitt		
Wahlkampf und Parteilaffinität, Tübingen, den 12. Dezember 2004		

Quelle: GMS H. Jung

Bindekraft schwindet

Bei seinen Betrachtungen über Wertewandel und Parteienentwicklung zeigte Jung die generellen Trends im Wahlverhalten auf, gegen die die CSU zumindest bis 2003 immun schien: Erstens bänden die Volksparteien immer weniger Wähler an sich. Zweitens führe die Veränderung in der Berufsstruktur der Wählerschaft dazu, dass die klassischen Unterstützergruppen quantitativ schrumpften. Drittens führe die abnehmende Bindekraft sozialstruktureller Gruppenzugehörigkeit zu einem Rückgang langfristiger Parteibindungen und dazu, dass kurzfristige Faktoren immer bedeutender werden.



Meinungsforscher Helmut Jung: „Mangelhafte Abstimmung und Kommunikationsspannen im CSU-Wahlkampf“

Untersuchungen der Werthaltungen in der Bevölkerung zeigten auf, dass sich deutlich mehr Übereinstimmung mit den Parteien als mit den Politikern finden lasse; Jung diagnostizierte hier eine teilweise „gespaltene Wählerpersönlichkeit“.

Keine Wertemonopole

Für die Zukunft sei weiter mit sinkender Wahlbeteiligung und beträchtlichen Chancen für die kleineren Parteien zu rechnen. Trotz gewisser Verbindungslinien bestimmter Werthaltungen zu einzelnen Parteien, gebe es „keine Wertemonopole mehr“. ■

MS/SK

Religiosität und Wahlentscheidung

Unionswähler immer weniger kirchengebunden

Mit der Bedeutung religiöser Milieus setzten sich Bettina Nickel, stellvertretende Leiterin des Katholischen Büros in Bayern, und Uwe Kranenpohl von der Universität Passau auseinander.

Nickel schilderte das dichte Netz katholischer Verbände in Deutschland und speziell in Bayern, das die zivilgesellschaftliche und politische Relevanz religiöser Überzeugungen verdeutliche.

Zwei jüngere groß angelegte Studien zu diesem Thema förderten zu Tage, dass in quasi allen sozialen Milieus Ansätze für religiöses Engagement vorhanden seien, allerdings in unterschiedlichen Formen und nicht ohne weiteres aktivierbar. Ein Rückgang der Religiosität sei nicht auszumachen: Der Anteil hochreligiöser Menschen sei in der jüngeren Generation genauso hoch wie in der älteren.

Nickels Resümee: Religiosität bleibt ein großes zivilgesellschaftliches Potenzial; man müsse aber lernen, aus diesem Reservoir auch unter gewandelten gesellschaftlichen Bedingungen zu schöpfen.



Bettina Nickel: Rückgang der Religiosität nicht auszumachen

Fotos: Richter



Uwe Kranenpohl: Immer mehr Wähler der Unionsparteien ohne Kirchenbindung

Kranenpohl untersuchte die politische Bedeutung des Faktors Religion im engeren Sinne und präsentierte eine Auswertung längerfristiger Trends.

So bliebe das Wahlverhalten der stark Kirchengebundenen und der Konfessionslosen zwar recht konstant, doch wandle sich die Größe dieser Gruppen: Inzwischen gebe es genauso viele konfessionslose wie stark kirchengebun-

dene katholische Wähler. Bei letzteren sei der Einbruch der CSU auch 2008 eher gering gewesen; der Eindruck, dass diese Klientel verprellt worden sei, stimme also nicht.

Die Trends zeigten, dass sich die Wähler der Unionsparteien immer weniger durch Kirchenbindung auszeichneten und andere Gruppen dafür immer relevanter würden. Das sei etwa daran zu erkennen, dass sich der Anteil der Konfessions-

losen unter den CSU-Wählern seit 1990 auf mittlerweile sechs Prozent verdoppelt habe. ■

Stefan Köppl

„Auch Edmund Stoiber hat diese Wahl verloren“

Landtagsjournalist Rudolf Erhard über die Rolle der Medien im Wahlkampf

„Wir bohren nach, wir fragen nach und wir vervielfältigen sicher bereits vorhandene Eindrücke und Dissonanzen. Aber verfälscht und erfunden haben wir nichts. Wir schreiben, was sich aufdrängt. Wo Rauch ist, ist auch Feuer.“

So beschrieb der langjährige Landtagskorrespondent des Bayerischen Rundfunks, Rudolf Erhard, die Rolle der Medien im Wahlkampf. Die fatalen Signale der Kommunalwahl vom März 2008 mit zum Teil herben Verlusten für die CSU und starken Freien Wählern seien nicht erkannt und ignoriert worden. Die Journalisten beobachteten einen „komplett falsch aufgelegten Wahlkampf der CSU“. Die Auftritte des „Tandems mit zu kurzen Beinen“ Huber und Beckstein seien quälend gewesen: „Beckstein war müde, überarbeitet und überfordert“, sagte Erhard, der auch Vorsitzender der Bayerischen Landtagspresse ist.

Handwerkliche Fehler

Schließlich habe es auch handwerkliche Fehler wie das Gerede um die zwei Maß Wies'n-Bier gegeben, mit denen man angeblich noch Autofahren könne. Und dieser Fehler sei von Beckstein selbst auch noch verstärkt worden, statt ihn als Versprecher aus der Welt zu schaffen. Schließlich sei das Ergebnis der Wahl auch eine Abstimmung über die gesamten letzten fünf Jahre CSU-Alleinregierung: „Auch Edmund Stoiber hat diese Wahl verloren“, meinte Erhard.

Erwin Huber sei der „wandelnde Zweifel“ gewesen: „Stoibers Schuhe waren ihm zu groß. Die Lasten drückten zu schwer auf seinen Schultern.“ Erwin Huber sei unter Stoiber immer ein „hervorragender Auftragsarbeiter“ gewesen: „Erwin tu, Erwin fass, Erwin beiß! Das konnte er gut.“

CSU-Generalsekretärin Christine Harderthauer habe einen unglücklichen Wahlkampf geführt, von dem sie selbst aber bis zuletzt behauptete, es sei der beste und sie selbst die Größte: „An ihr war alles irgendwie künstlich –



Rudolf Erhard: „Wir mähen das Gras, das über eine Sache zu wachsen droht“

Michael Lerchenberg hatte mit seiner Bemerkung auf dem Nockherberg von der ‚Barbie-Puppe der CSU‘ doch recht“, sagte Erhard.

Andererseits habe die SPD einen großen Fehler gemacht, indem sie das Schreckgespenst der „Vierer-Koaliti-

immer Klartext statt grüner Lyrik und ist das ländliche Gegengewicht zum großstädtischen Milieu, das Margarete Bause verkörpert“, analysierte Erhard.

Hubert Aiwanger von den Freien Wählern wurde vom Journalisten Erhard charakterisiert: „Reden kann er. Der dialektale Wortdrechsler ist zugleich aggressiv und optimistisch.“ Dagegen strahle FDP-Spitzenmann Martin Zeil „gepflegte, liberale Langeweile“ aus. „Die FDP musste nicht viel Wahlkampf machen. Sie profitierte von der Schwäche der CSU.“

Machtwechsel gesehen

Die CSU sei in weiten Teilen der sich rasch wandelnden Gesellschaft nicht mehr verankert – vor allem bei jungen Frauen und Familien: „Präsenz in Agenda- und Elterninitiativen? Fehl-anzeige bei der CSU!“ sagte Politik-beobachter Erhard.

Die Journalisten hätten schon lange einen Wandel und möglichen Machtwechsel gesehen, beobachtet, analysiert und beschrieben. Aber die Reaktion der CSU war: „Hoffentlich täuschen sie sich.“ Auch nach der Transrapidpleite und der Landesbankkrise hätten die Politiker gemeint: „Es wird schon gut gehen.“ Die erkennbaren

Die Journalisten beobachteten einen „komplett falsch aufgelegten Wahlkampf der CSU“

on“ an die Wand gemalt habe: „Mit Franz Maget immer fröhlich-optimistisch in die Niederlage!“

Sepp Daxenberger, Spitzenkandidat der Grünen, sei ein Politiker mit Ecken und Kanten, sehr menschlich und tief verwurzelt in der Heimat und an der Basis. „Seine schwere, überwundene Krankheit bot immer auch Stoff für menschelnde Geschichten. Er spricht

Warnungen wurden von der CSU-Führung in den Wind geschlagen und die Stimmung im Volk gegen diese „Arroganz der Macht“ wurde schnell zum Selbstläufer. „Wir haben nur beobachtet und geschrieben. Die Medien kontrollieren die Politik – im Wahlkampf wie sonst auch. Wir transportieren die Botschaften, aber auch die Giftpfote. Und wir mähen das Gras, das über eine Sache zu wachsen droht.“ ■

MS

Abgehobene Führung und Fehlentscheidungen

Wahlforscher Richard Hilmer analysierte das Ergebnis der Landtagswahl

Nach den erdrutschartigen Verlusten von über 17 Prozent bei den bayerischen Landtagswahlen hat die CSU ungelöste Probleme: ein Frauenproblem, ein Jugendproblem, ein Modernisierungsproblem. So sah es jedenfalls der Wahlforscher Richard Hilmer von infratest dimap beim Akademiegespräch im Landtag.

Die neue Landtagspräsidentin Barbara Stamm versprach nicht nur die Fortsetzung der erfolgreichen Gesprächsreihe, sondern stellte auch Fragen, die ins Zentrum des Themas führten: „Haben die Volksparteien nur Fehler gemacht oder sind sie gar ein Auslaufmodell? Signalisiert das Wahlergebnis eine verspätete Normalisierung oder ist es nur eine vorübergehende Erscheinung?“

Akademiedirektor Heinrich Oberreuter gab in seiner Einführung erste Antworten und wollte nicht von einer Zeitenwende sprechen: „Die CSU hat geschwächelt und wurde deshalb reduziert. Es gibt eine handlungsfähige Koalition – kein Grund zur Beunruhigung“. Er sieht, dass „gesellschaftliche Veränderungen an die Oberfläche drängen“ und die CSU offenbar Antworten vermissen lässt. Es nützt ihr nichts mehr, dass die Wähler die wirtschaftliche Lage besser beurteilten als vor der Landtagswahl 2003: Die Unzufriedenheit mit der Regierung nahm trotzdem zu. „Die Themenhierarchie hat sich verändert: Bildung steht ganz oben“, sagte Oberreuter. Die Wahl sei eine Abstimmung über eine ganze Legislaturperiode gewesen, also auch über vier Jahre Edmund Stoiber und damit über den Personalwechsel in Partei und Regierung, den Aufstand von Kreuth im Januar 2007 und eine rigide Spar- und Reformpolitik, die den Bürgern nicht mehr vermittelt werden konnte. Außerdem hätten Stoibers Nachfolger keine Chance zur Profilierung gehabt, eine Klarheit bei der Führung sei nicht sichtbar geworden. Und schließlich: „Die von der CSU ange-

stoßenen Modernisierungs- und Säkularisierungsprozesse fressen ihre Eltern“. Oberreuter sieht zerfallende Milieus: „Nur noch 50 Prozent der Katholiken wählen CSU“. Die Integrationskraft der beiden Volksparteien sei in Bayern sogar noch schwächer als auf Bundesebene.

Veränderungsfreude

Wahlforscher Richard Hilmer nahm den Faden auf und attestierte den bayerischen Wählern eine Veränderungs-



Wahlforscher Richard Hilmer: „Der Absturz der CSU beginnt 2005“

Fotos: Schröder

freude wie sie auch in den anderen Bundesländern mittlerweile üblich sei. Historisch gesehen sei nur der Verlust der CSU im Jahr 1950 von fast 25 Prozent dramatischer gewesen. Das neue bayerische Ergebnis reihe sich ein in die massiven Unionsverluste der letzten

Jahre in Berlin (2001: minus 17 Prozent) und Sachsen (2004: minus 15,8 Prozent). Es wirke nur deshalb so einschneidend, weil die CSU 2003 mit Stoiber 60,7 Prozent erreichte und damit die Zwei-Drittel-Mehrheit im Parlament hatte. Dies sei eine Ausnahme-



Landtagspräsidentin Barbara Stamm fragte nach den Überlebenschancen der Volksparteien

wahl gewesen – ein Dank an den unterlegenen Kanzlerkandidaten von 2002. Der Trend der CSU bei Landtagswahlen zeige seit 1974 eher nach unten.

Die Verluste sind überall zweistellig und gehen quer durch alle Regionen und sozialen Schichten Bayerns. Bei den Landwirten ist er mit 39 Prozent allerdings am größten – wovon vor allem die Freien Wähler profitierten. Überdurchschnittlich erfolgreich war die CSU nur noch bei den über 60-Jährigen (56 Prozent), während alle jüngeren Gruppen sich nur noch zwischen 35 und 39 Prozent bei der einst erfolgsverwöhnten Regierungspartei wiederfinden. Ältere Frauen gehören nach wie vor zur Kernwählerschaft der CSU, während jüngere Frauen mit überdurchschnittlicher Bildung im großstädtischen Milieu sich massiv von der CSU abwenden.



Frauen kritischer

Die große Zufriedenheit mit der wirtschaftlichen Entwicklung sei von der mit der Regierung abgekoppelt worden. Arbeitslosigkeit spiele kaum eine Rolle. Dagegen habe sich das „Zukunftsthema Bildung“ in den Vordergrund geschoben – eine deutliche Mehrheit von 46 Prozent sieht es als das wichtigste Problem an.

Frauen beurteilen besonders kritisch die Themenfelder Familie und Bildung. „Die Unzufriedenheit mit der Bildungspolitik – getragen von Eltern, Schülern und Lehrern – erwies sich als die Achillesferse der CSU. Trotz der PISA-Erfolge Bayerns registrieren wir einen großen Vertrauensverlust“, sagte Hilmer. „Bei Schule und Familie hat die CSU die Kompetenzführerschaft verloren.“

Drei dominante Ströme der Wählerwanderung weg von der CSU erkennt der Wahlforscher Hilmer: 190 000 zu den Freien Wählern, 180 000 zur FDP und 130 000 zu den Nichtwählern. Diese Trends seien schon im März bei den Kommunalwahlen zu beobachten gewesen, wo es bei Stichwahlen häufig siegreiche Koalitionen der kleinen Par-

teien gegen den führenden CSU-Kandidaten gegeben habe und eine Anti-CSU-Stimmung aufgebaut wurde. In den kleinen Gemeinden des ländlichen Raums seien die Freien Wähler der CSU häufig ebenbürtig oder sogar überlegen. Es habe eine Wechselstimmung im Land gegeben: nicht gegen die CSU als Regierungspartei, aber gegen sie als Alleinherrscherin.

Abgehobene Führung

Bei der Schuldzuweisung verwies Hilmer einerseits auf die schlechteren Werte des Tandems Beckstein/Huber gegenüber Stoiber. Er machte aber auch darauf aufmerksam, dass die bayerischen Wähler durch den nicht-vollzogenen Wechsel von Stoiber nach Berlin im Gefolge der Bundestagswahl 2005 irritiert waren: „Der Absturz der CSU beginnt 2005.“ Neben der Personalpolitik machte Hilmer aber auch Unzufriedenheit mit der Problemlösung von Sachfragen aus: „Die Alleinstellungsmerkmale der CSU wurden schwächer, ihre Führungsfiguren wirkten abgehoben und Fehlentscheidungen in der Schulpolitik, bei der Landesbankkrise, dem Transrapid und beim Nichtraucherschutz runden das

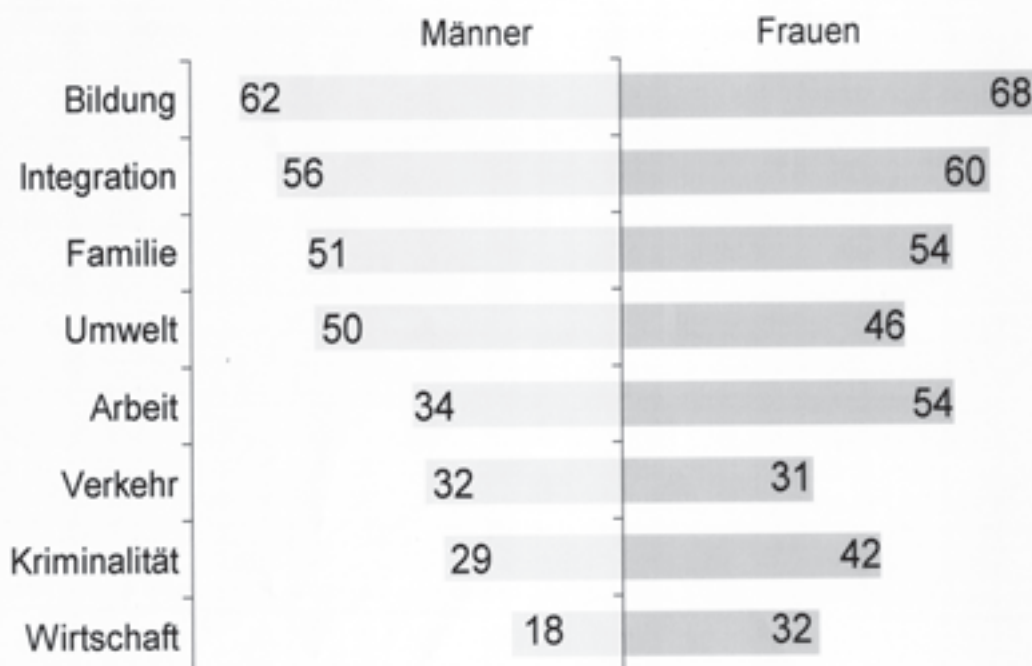
Bild. Es kam alles zusammen.“ Anlass für ehemalige CSU-Wähler, ihrer Partei den Rücken zu kehren und zur FDP oder den Freien Wählern zu wechseln waren die Themen Wirtschaft, Steuern, Bildung und soziale Gerechtigkeit.

Vierer-Koalition ohne Rückhalt

Warum profitiert die SPD nicht von der Schwäche der CSU, sondern verliert sogar noch ein Prozent? 50 000 ehemalige SPD-Wähler gehen zur „Linken“, 40 000 zu den Freien Wählern und 30 000 zu den Grünen. Dem stehen nur 80 000 CSU-Wähler gegenüber, die zur SPD wandern. Die Kompetenzzuschreibung bei „Wirtschaft und Arbeit“ ist schlecht; nicht einmal die eigenen Anhänger trauen der SPD auf diesem Feld viel zu. Und obwohl SPD-Spitzenmann Franz Maget in den letzten Wochen vor der Wahl deutlich zulegte, blieb er doch weit hinter den Sympathiewerten von Amtsinhaber Günther Beckstein zurück. Außerdem stieß die von der SPD favorisierte „Vierer-Koalition“ gegen die CSU nur bei einem Fünftel der Wähler auf Wohlwollen. Und die Führungsquereilen der SPD auf Bundesebene und ihr

Unzufrieden mit der CSU-Landesregierung

Infratest dimap



Richtungsstreit über den Umgang mit der Linkspartei schlugen negativ auf das Ergebnis der bayerischen Genossen durch. Hilmer: „Die SPD hat ein Glaubwürdigkeits- und Richtungsproblem.“

Zufriedene Wähler

Die Grünen profitieren vor allem von einer hohen Kompetenzzuweisung auf dem Feld der Umwelt- und Energiepolitik. Das städtische, höher gebildete und weibliche Milieu ist grün in Bayern. Die FDP habe wegen ihrer jahrelangen landespolitischen Abstinenz und Nichtpräsenz im Landtag kaum ein ei-

Befragten der Meinung, dieser Wahlausgang sei gut für Bayern. Und 57 Prozent wollten, dass Beckstein auch unter den neuen Verhältnissen Ministerpräsident bleibt. So gesehen ist der Putsch Stoibers mit Hilfe seiner Oberbayern gegen Beckstein nicht gerade Vollzug des breiten Volkswillens. Und die Installation eines Ministerpräsidenten, der zuvor auf keinem Wahlzettel stand und kein Mandat im Landtag hat, sicher auch nicht.

Die Defizite der CSU seien die Erfolge der Freien Wähler gewesen. Ihr Vorteil liege in der eigenen kommunalen Verankerung und in der gleichzeitigen Loslösung der CSU von der Basis.

Kein Bedarf für Linke

Dagegen habe die Linkspartei offenbar keine Themennische gefunden, die sie unentbehrlich für den Wähler erscheinen ließ: „Es gab keine Lücke und keinen Bedarf für sie“, sagte Hilmer. Und er räumte mit der Legende auf, die zugezogenen Wähler aus den östlichen Bundesländern hätten die Linke gewählt: „Wenn sie überhaupt jemand gewählt hat, dann die in Bayern Geborenen. Die Zugroasten haben die Linke im Landtag verhindert“.

Wahlforscher Hilmer prognostizierte, dass das zukünftige Regieren im Fünf-



„... nur für ein paar Tage!“

Zeichnung: Tomicek

genes Profil gehabt: „Die Kompetenz als Steuer- und Mittelstandspartei war von der Bundesebene geliehen“, sagte Hilmer. Die FDP sei als „ideale Ergänzungspartei“ zur CSU erschienen mit viel Engagement für Bürger- und Freiheitsrechte und Wirtschaftskompetenz für den Mittelstand und Selbständige. Schließlich seien fast drei Viertel der

Allerdings sei noch völlig unklar, wie haltbar diese Wählerbindung auf Dauer sei. Drei Viertel der Befragten stimmten jedenfalls der Aussage zu: „Sie werden nichts verändern, bringen aber frischen Wind in den Landtag“. Eine Aussage, die Akademiedirektor Oberreuter an der Rationalität des Wählers zweifeln ließ.

Parteien-System mit einer schwindenden Mehrheit der Großen Koalition im Bundesrat schwieriger werde. Er sagte ein spannendes Super-Wahljahr 2009 voraus: „Am Ende könnte es wieder nur für eine Unions-/SPD-Regierung im Bund reichen, die vielleicht über keine Mehrheit mehr im Bundesrat verfügt.“ ■

Michael Schröder

Alle Graphiken und Schaubilder des Vortrags im Internet unter:

http://web.apb-tutzing.de/apb/cms/fileadmin/uploads/pics/081125_rhi_BayerLandtag_Akademiegesprach.pdf

Aufregung statt Aufklärung

Boulevardisierung der Politik in den Medien und Konsequenzen für Demokratie

„Entpolitisierung, Negativismus und Verfall der Berufsethik“ – das Urteil des Münchner Kommunikationswissenschaftlers Carsten Reinemann über die Medien fiel nicht gerade milde aus. Doch Journalisten setzten noch eines drauf: „Wir suchen die Meldung mit dem höchsten Reiz. Beschleunigung ist der wichtigste Faktor des Journalismus geworden“, sagte Tissy Bruns, Parlamentskorrespondentin des „Tagesspiegel“ in Berlin. Und Hans-Ulrich Jörges vom „Stern“ warf vielen seiner Berufskollegen „Rudelverhalten“ vor und sagte: „Zu oft stürzen wir uns auf die schwachen Politiker. Und bei den Starken sitzen wir in der Jackentasche“. Die Vorsitzende von Bündnis 90/ Die Grünen, Claudia Roth, bemerkte: „Wegputzen und Runterschreiben von Politikern hat nichts mit kritischem Journalismus zu tun“. Sie alle diskutierten auf einer gemeinsamen Tagung mit der Evangelischen Akademie über die Zukunft politischer Gestaltung in der Mediendemokratie.

Carsten Reinemann beschrieb Boulevardisierungstrends in der aktuellen Medienlandschaft: Schleichende Entpolitisierung, Emotionalisierung und Negativismus, dazu eine starke Publikumsorientie-



Carsten Reinemann: zunehmende Trennung von Darstellung und Machen von Politik

Fotos: Schröder/Twardy

rung mit immer mehr Service- und Nutzwertthemen. Gleichzeitig beobachtet er auch eine Boulevardisierung der Politik: „Populismus und Inszenierung statt Substanz“, sagte der Münchner Medienforscher. Das Publikum werde politisch immer irritierba-

rer, es gebe weniger Bindung an die Parteien und das Volk habe immer weniger Vertrauen in die politische Führung. Angebot und Nutzung der Medien nehmen zu. Gleichzeitig verschärfe sich die Zersplitterung des Publikums. Es gibt immer mehr Informationsvermeider, die sich durch den Unterhaltungsschlalom zappen: „Bei unter 30-Jährigen schwindet das Informationsbedürfnis. Gleichzeitig schwindet das Vertrauen in die Demokratie und die Zufriedenheit mit den Politikern sinkt“.

An Politikern, die den Medien selbst einen großen Einfluss zuschreiben, würden häufig die medialen Fähigkeiten höher geschätzt als Sachkenntnis. Außerdem werden eher unwichtige aber medienwirksame Themen hochgezogen. Die Folgen: „Mehr Schnellschüsse, eine zunehmende Trennung von Darstellung und Machen von Politik. Gefördert werden Populismus und Politikverdrossenheit. Das Publikum wendet sich von den politischen Inhalten der Medien ab“. Ein Teufelskreis ist in Gang gesetzt.

Zwei Geschwindigkeiten

Tissy Bruns, frühere Hauptstadtkorrespondentin in Bonn und jetzt in Berlin, gibt ihrer Zunft eine Mitschuld an diesen Prozessen: „Wir sind vom beruflichen Selbstverständnis her der

Aufklärung verpflichtet. Aber wir geben diese Position zunehmend auf: Aufregung geht vor Aufklärung“, sagte die Journalistin. Für sie liegt das Problem in der zunehmenden Beschleunigung der Medien: „Politiker und Journalisten leben in zwei Geschwindigkeiten. Während die einen mühsam nach Kompromissen suchen, suchen wir die



Tissy Bruns: „Journalisten und Politiker sind Verlierer der Mediengesellschaft“

Nachricht mit dem höchsten Reiz. Interessiert dieses mediale Begleitfeuer überhaupt die Bürger?“, fragte Bruns, die von 1999 bis 2003 Vorsitzende der Bundespressekonferenz war.

Nach ihrer Beobachtung wissen die Politiker in ihrer „Scheinwelt in Berlin-Mitte immer weniger vom wirklichen Leben draußen“. Daraus resultiere Unsicherheit. „Deshalb verlässt man sich mehr auf Meinungsumfragen statt auf den eigenen Instinkt. Diese ewigen Umfragen vermitteln Unruhe vom Rand her.“ Die Parlamentskorrespondentin des „Tagesspiegel“ sieht Journalisten und Politiker, die beide am unteren Ende der Berufsprestigeskala stehen, gleichermaßen als „Verlierer der Mediengesellschaft“, die diese Situation mit ständiger Medienpräsenz kompensieren: „Diese Misstrauensgemeinschaft treibt eine Spirale der gegenseitigen Herabsetzung nach unten



an. Das ständige gegenseitige Kleinreden und Kleinhacken muss beendet werden. Den Urstoff der Demokratie – Überzeugungen und Werte – brauchen beide wieder mehr, um den Rückgang an Wählerstimmen und Auflage zu stoppen“, sagte Bruns.

Teilöffentlichkeiten

Akademiedirektor Heinrich Oberreuter knüpfte daran an und verwies auf Politik als Kommunikationsprozess: „Herrschaft in der Demokratie braucht Zustimmung durch Kommunikation“,



Heinrich Oberreuter: „Herrschaft in der Demokratie braucht Zustimmung durch Kommunikation“

sagte der Politikwissenschaftler. Die Summe von Einstellungen und Wertorientierungen – also politische Kultur – müsse gemeinsam von Politik und Medien entwickelt werden. Er sieht eine zunehmende Ausdifferenzierung des Mediensystems in Teilöffentlichkeiten: „Wenn jedermann sein eigener Programmdirektor wird, bedeutet das einen Verfallsprozess und Aushöhlung von innen“. Schließlich sei der Zustand eines Kommunikationssystems entscheidend für die Demokratie, sagte Oberreuter.

Die „zunehmende Erosion der Institutionen“ sei auch den Medienwirkungen geschuldet: Die Medienlogik und die Dramaturgie und Dynamik des Fernsehens werden immer mehr Deutungsmuster und Auswahlkriterium für Politik. Mediatisierung der Politik be-

deute, dass das Fernsehen die Tagesordnung der Politik bestimme: „Spannung, Verkürzung und Simplifizierung sind die Zutaten“, sagte der Akademiedirektor. Ein Übermaß an Publikumsorientierung und die symbolische Politik nähmen zu: „TV-Dramaturgie widerspricht der politischen Rationalität“. Auf dem Weg zur „soundbite-democracy“ treten Personalisierung und Ritualisierung der Politik in den Vordergrund. Fernsehen reduziere Politik auf das Zeigbare. Hintergründiges trete dagegen zurück, weil es medial nicht vermittelbar sei. Da komplexe parlamentarische Entscheidungsstrukturen nicht im Bild dargestellt werden können, würden sie auch kaum thematisiert.

Recherchehindernisse

Ganz andere Gefährdungen der Medienfreiheit sieht die Bundesvorsitzende der Grünen, Claudia Roth: „Das geplante BKA-Gesetz ist ein Anschlag



Claudia Roth: falsche Personalisierung von Politik

auf die Pressefreiheit des Grundgesetzes, weil es den Informantenschutz und das Zeugnisverweigerungsrecht aushöhlt. Freier Journalismus ist ein Grundnahrungsmittel der Demokratie“, sagte Roth. Sie beobachtet immer mehr Druck auf die Redaktionen durch Einsparungen und personelle Ausdünnungen: „Das sind Recherchehindernisse auf dem Weg zu mehr Detailkenntnis und Information“. In der Hauptstadt gebe es statt Informationen immer mehr inszenierte Medienereignisse und eine zunehmende Selbstbe-

zogenheit der Berliner Journalistenszene: „Das Medium selbst ist die Botschaft. Es geht nicht um Inhalte, sondern um selbstgesetzte Events und mediale Hypes“. Der journalistische Superlativ des „härter, schneller, lauter“ führe auch zu einer falschen Personalisierung von Politik. Kampagnenjournalismus sei gefährlich und habe nichts mit kritischem Journalismus zu tun. Die Unterschiede von Politikern und Journalisten verschwimmen mehr und mehr, manche Journalisten wollten selbst Politik machen.

Peter Kleim, der das Berliner Büro der Privatsender RTL und ntv leitet, verwies darauf, dass es zwar keine meinungsstarken Polit-Magazine mehr gebe, aber auch keinen Ost-West-Konflikt und keine ideologischen Auseinandersetzungen: „Es geht nicht mehr um Weltanschauungen, sondern um Sachpolitik und Versorgungsleistungen“. Außerdem wandte er sich gegen die Herabsetzung des Begriffes „Boulevardisierung“: „Das ist guter Journalismus, der sich an der Bedeutung eines Themas für die Zuschauer orientiert“.

Gemeinsame Verantwortung

In der Schlussdebatte, die vom Vorsitzenden des Deutschen Journalistenverbandes (dju) Michael Konken geleitet wurde, warnte Heinrich Oberreuter davor, dass das „Nicht-Vertrauen in die Politik umschlagen kann in Skepsis gegenüber der Demokratie generell“. Medien und Politik hätten sehr wohl eine gemeinsame Aufgabe: die Herstellung von Öffentlichkeit. Dazu bekannte sich auch Claudia Roth: „Wir haben gemeinsam Verantwortung für die Demokratie. Lassen Sie uns zusammen Lust auf Politik machen“, forderte sie.

Da kam Widerspruch vom Berliner Journalisten Hans-Ulrich Jörges, der keine Politikverdrossenheit sieht, wohl aber eine tiefgreifende Vertrauenskrise. Er akzeptiert auch keine gemeinsame Aufgabe von Politik und Medien wie Oberreuter. Zu Claudia Roth gewandt sagte er: „Sie machen Politik – wir haben nichts mit Ihnen zu tun.“





Zeichnung: Mester

Wir sind ohnehin viel zu sehr versippt, zu nah dran und oft genug harmlos. Wenn die politischen Begriffskonditoren Schaumgebäck schlagen, sind wir manchmal unfassbar naiv und schreiben alles ab“, sagte Jörges, der Mitglied der „Stern“-Chefredaktion ist.

tisch sieht er die wachsende Lücke zwischen Politikanspruch und Wirklichkeit: „Es gibt große Herausforderungen, aber kleine Politik“. Politiker benötigten dringend eine Imageverbesserung – auch durch mehr Bürgerbeteiligung und die Möglichkeiten der

Kritik gegenüber der eigenen Zunft war auch bei „Stern“-Mann Jörges zu hören: „Unsere Medien sind zu alt. Wir brauchen Zeitungen und Fernsehen für junge Leute“. Nachdem er den „verkrusteten Parteienstaat“ kritisiert hatte, „frische Luft in die Parteien blasen“ möchte und Vor-

wahlen und Referenden wie in den USA und anderen europäischen Staaten einführen will, sagte er: „Obama macht seine größte Konkurrentin Hillary Clinton zur Außenministerin und einen Nobelpreisträger zum Energieminister. Und wir haben Sigmar Gabriel. Querdenker Friedrich Merz fliegt raus aus der Politik und Michel Glos kommt rein. Wir müssen diese geschlossenen und verfetteten Systeme endlich zur Sprache bringen!“ ■

Michael Schröder

Dumpfheit und Grellheit

Themen für Lust auf Politik gebe es genug, meinte Eberhard Sinner, früherer Chef der Bayerischen Staatskanzlei und Medienminister: „Europa und seine Visionen“. Für ihn ist das Fernsehen ein „Krisenherd für die Demokratie mit seiner Dumpfheit, Grellheit und Dummheit“. Vernunftbegabte Geschöpfe sollten sich diese Versimpelung nicht länger gefallen lassen. Der CSU-Politiker forderte „Hochsprache statt Tiefschläge“ und einen Verzicht auf „gegenseitige Beschimpfungen“: „Politik wird im Parlament gemacht, nicht in Talkshows. Deutschland braucht wieder eine Kultur der guten Argumente“, sagte Sinner. Kri-



Eberhard Sinner: „Politik wird im Parlament gemacht, nicht in Talkshows“



Hans-Ulrich Jörges: „Politische Begriffskonditoren schlagen Schaumgebäck“

neuen Medien wie Blogs und Chats. So könne man der Jugend mehr Lust auf Politik machen. Und Recherche-Journalismus müsse den verbreiteten Alarm-Journalismus ersetzen.

Wir müssen diese geschlossenen und verfetteten Systeme endlich zur Sprache bringen!“ ■

Siehe Presseschau Seite 43

Eingebildete Bildungsrepublik?

Über Bildung reden ist nicht schwer, gebildet sein dagegen sehr. Noch schwieriger aber scheint es zu sein, den Bildungsprozess auch zu finanzieren. Unter den Teilnehmern und Referenten der Tagung zur „Bildungsrepublik?!“ herrschte weitgehende Einigkeit darüber, was es braucht um bessere Bildung zu ermöglichen: Menschen, Zeit und Geld. Ohne diese materiellen Ressourcen gelingt auch keine Bildung zur Freiheit, die für den Einzelnen wie für das Gemeinwesen unersetzlich ist.

Bildung und Freiheit

Bildung ist das Vermögen, sich in neuen Situationen gut zu entscheiden, so Jürgen Rekus von der Universität Karlsruhe. Bildung entsteht im Individuum selbst und kann ihm weder „erteilt“ noch andemonstriert werden. Ihr einziger Zweck ist die wohlbestimmte Freiheit des Individuums: Durch Erkenntnis seiner (Um-)Welt und an ihrer Verfassung interessiert, kann es sich begründet zum Handeln entscheiden. Die Einheit der Bildung liegt in diesen drei Aspekten: Erkenntnis, Interesse und Handlung. Auf sie muss der glückende Bildungsprozess hinwirken. Dabei gilt der Leitspruch: Allen das Gleiche und jedem das Seine. Wenn dann Menschen diesem Bildungsbild nicht entsprechen, könne diese Situation nicht nur den Lehrern angerechnet werden. Rekus lenkte damit den Blick auf eine oftmals vergessene Bedingung guter Bildung, die „Bildbarkeit“ des Zöglings. Eine Debatte über die Organisation des Bildungswesens greift daher zu kurz, wenn sie lediglich die Schulstrukturen und die Lehrer im Blick hat, aber die Schüler und Elternhäuser ausblendet. Dort werden nämlich immer noch die Grundlagen der Bildung gelegt, indem dem Kind Wertschätzung für sein eigenes Können und für gemeinsame Formen vermittelt wird.

Kritische Diagnose

Im Wissen um das Ziel der Bildung fiel Rekus' Analyse gegenwärtiger Bildungsdiskurse sehr kritisch aus: Es gehe dabei weithin gar nicht um Bildung, sondern nur um Ausbildung. Das

sei war zwar schon an der Wiege des Schulsystems nicht anders gewesen, doch werde es dadurch nicht weniger absurd: Einerseits wird die verantwortliche Freiheit und die Urteilsfähigkeit



Jürgen Rekus: „In den Elternhäusern werden die Grundlagen der Bildung gelegt“

des Einzelnen nicht befördert, mit engen Scheuklappen versehen, wird er vielmehr zu einem Mittel des Wirtschaftens gemacht, so Rekus. Andererseits wird nicht einmal dieser (bildungs-) fremde Zweck erreicht, denn nachhaltige Ökonomie hat ein Interesse an universellen, nicht-affirmativen Bildungsprozessen. Nur durch universelle Bildung werden wir bereit für die Herausforderungen der Zukunft. Wir könnten aber niemanden für etwas qualifizieren, das wir noch gar nicht kennen.

Ohne Selbstverlust lässt sich die Bildung nicht von Maßstäben einer anderen Praxis leiten. Diese Diagnose wur-

de durch Recherchen von Matthias Holland-Letz bestätigt: Wo beispielsweise in der an sich wünschenswerten Zusammenarbeit von Schulen und Wirtschaft die Grenze von der Unterstützung zur Eigenwerbung überschritten werde, da verfehle dieser Bildungsansatz sein Ziel.

Bezeichnenderweise, so Rekus, wurde das jüngste Zusammentreffen der Kultusminister mit der Bundeskanzlerin als „Bildungsgipfel“ titulierte und beworben, während die Versammlung selbst als „Qualifizierungsgipfel“ stattfand. Bis in die Bildungspläne hinein ist eine bedenkliche Entwicklung zu beobachten: Es wird die inhaltsfreie Schulung von Kompetenzen gefordert. Dies qualifiziere aber weder für das Leben noch für den Beruf: Schließlich muss jeder Darstellung zunächst die Auseinandersetzung mit den Fakten selbst vorangehen. Wo diese übergangen wird, da dreht sich die Power-Point-Präsentation letztlich nur um sich selbst.

Der gelingende Bildungsprozess zehrt schließlich von einer Ressource, die in keinem Haushalt eingeplant werden kann und dennoch immer schon ein zentrales Motiv des guten Lehrers war: Die Liebe zum Zögling. Um seinetwillen wendet sich ihm der Lehrer zu, nicht um für sich selbst etwas zu erwerben.

Zwischen Anspruch und Wirklichkeit

„Was Lehrer leisten und was Politik leisten sollte“, stellten anschließend die Verbandsvorsitzenden Anton Huber (Bayerischer Realschullehrerverband), Max Schmidt (Bayerischer Philologenverband) und Jürgen Pache (Katholische Erziehungsgemeinschaft in Bayern) dar. Einig waren sich alle drei, dass das dreigliedrige Schulsystem für Bayern nach wie vor die beste Lösung sei. Den unterschiedlichen Begabungen könne man nur durch ein differenziertes Schulwesen gerecht werden. Huber argumentierte, dass die Zusammenlegung von Real- und



Hauptschule dazu führen würde, der Chancengleichheit insbesondere für die schwächeren Schüler das Fundament zu entziehen. Ein zweigliedriges Schulsystem führe dazu, dass das Gymnasium zur Realschule und die Realschule zur Hauptschule würden. Schließlich schaffe die Abschaffung der Hauptschule nicht die Hauptschüler ab. Schmidt sieht darin auch die Gefahr, dass der Wert des Abiturs abnimmt.

Jürgen Pache setzt sich gerade an den Hauptschulen für Ganztagsbetreuung ein, da hier besonders viele Kinder zu Hause kein gutes Lernumfeld haben. Von der Politik wünschen sich die drei Vertreter eine Klassenstärke von maximal 25 Schülern und somit mehr Lehrer, um das ihrer Ansicht nach immer noch hohe Niveau bayerischer Schulen beizubehalten. Zudem forderten die Verbandsver-

treter, stärker in politische Entscheidungen eingebunden zu werden, um Veränderungen an den Schulen längerfristig planen und gestalten zu können. Dass gerade diese teilnehmende Begleitung des politischen Prozesses bei den Verantwortlichen nicht immer begrüßt wird, wussten auch Teilnehmer aus eigener Erfahrung zu berichten.

Pache führt neben Schule und Politik noch einen weiteren Akteur ins Feld: die Medien. Diese seien mitverantwortlich dafür, dass vor allem die Hauptschulen in der öffentlichen Meinung zu negativ dargestellt werden. Wie die beiden anderen Vertreter wünschte er sich, dass ein ausgewogenes Bild von der bayerischen Schul-

landschaft präsentiert wird und der Beruf des Lehrers die angemessene Wertschätzung erfährt.

Universität Bologna

Volker Stein von der Universität Siegen, Autor des „Schwarzbuches Bologna“, zeigte am Beispiel der deutschen Umsetzung des Bologna-Prozesses, dass an den Universitäten viele Umstrukturierungen bereits vollzogen wurden, die an den Schulen noch



Anton Huber: Keine Chancengleichheit bei Zusammenlegung von Schultypen



Jürgen Pache fordert Ganztagsbetreuung an Hauptschulen



„Die neue Pisa-Studie lässt hoffen“

Zeichnung: Tomicek

kommen werden. Dies betrifft vor allem die Durchsetzung des Leitbildes der Verwendbarkeit. Auch an den Universitäten sei das Ziel der Reformen nicht die freie Bildung gewesen, sondern die Herstellung (vermeintlich) gebrauchsfertiger Absolventen. Die unverbindliche Absichtserklärung der Bildungsminister in Bologna versammelte durchaus erstrebenswerte Ziele, so die europäische Zusammenarbeit und die Achtung der Vielfalt nationaler Bildungssysteme und Universitäten. Zum Zeitpunkt der Erklärung im Jahr 1999 waren diese Ziele aber bereits erreicht. Doch nun wurde die Erklärung speziell in Deutschland zum Hebel einer folgenreichen Umgestaltung der Universitäten. Dieser Prozess wurde zudem von jener Institution kommerziell-beratend begleitet, die zuvor unter dem Label der Gemeinnützigkeit die Unausweichlichkeit der Umgestaltung propagierte. Herausgekommen sei eine feudalistische (Bildungs-)Planwirtschaft und die Demontage der Autonomie der Universitäten.

„Globalisierter Wettbewerb erfordert höchste Anstrengungen im Bildungsbereich“

Renate Will MdL (FDP)

Der Professor entscheide nicht mehr selbst, was er jeweils lehren will, sondern sein Angebot müsse zunächst akkreditiert werden, und zwar von privaten Agenturen, deren Rechtsgrundlage ungeklärt ist. Zudem divergiere das internationale Studiensystem zunehmend. Vor dem Hintergrund, dass bislang gerade die Diplom- und Masterstudiengänge als Vorbild für andere Länder wie die USA galten, sei die Entscheidung der Umstellung der Studiengänge auf Bachelor und Master besonders unverständlich.

Die politische Entscheidung, den Bologna-Prozess als Sachzwang darzustellen und ohne Beteiligung der Betroffenen umzusetzen, komme in die-



Georg Eisenreich: „Bayern braucht das unpassende Vorbild Finnland nicht“



Volker Stein: Planwirtschaft und Demontage der Autonomie der Universitäten

sem Kontext einem „Kampf gegen die Intelligenz“ gleich, sagte Stein. Es liege dem aber auch ein grundsätzliches Unverständnis vom Wesen der Universität zugrunde, denn dort gehe es eigentlich darum, Probleme zu erarbei-



Margarete Bause kritisierte die Dreigliedrigkeit des bayerischen Schulsystems Fotos: Richter

ten, statt sie abzuarbeiten. Stein wies aber auch darauf hin, dass es in dieser Situation darum gehe, sich zunächst darüber zu verständigen, was eigentlich gewollt wird. Eine verständliche Debatte über die Ziele der universitären Bildung sei nötig. Schließlich sei es an jeder Institution möglich, Rahmenvorgaben nach dem eigenen Willen mit Leben zu füllen.

Macht Bayern Schule?

Die abschließende Runde der Bildungspolitik aus den bayerischen

Landtagsfraktionen war sich einig: Strukturdebatten brauche das Schulsystem keine und die Bildung habe trotz Finanzkrise Priorität. Kontrovers wurde es bei der Beantwortung der von Michael Piazzolo (Freie Wähler) gestellten Frage, wie dies umzusetzen sei.

Hier brach die Strukturdebatte dann doch sogleich wieder auf, denn das Ziel einer individuellen, herkunftsunabhängigen Förderung jedes Schülers erforderte für die

einen die Beibehaltung und für die anderen die Reform der Dreigliedrigkeit des Systems. Die differenzierte Struktur diene schließlich den Kindern und das oftmals als Vorbild genannte Finnland mit seiner Gesamtschule sei schlichtweg zu dünn besiedelt, um ein differenziertes Schulsystem zu unterhalten. Daher brauche Bayern dieses Vorbild nicht, so Georg Eisenreich (CSU). Für die Bewahrung des dreigliedrigen Systems sprach sich auch Michael Piazzolo aus.

Ideologische Denkverbote

Margarete Bause (Die Grünen) hielt dem entgegen, dass die Differenzierung der Kinder nicht deren Begabung und Leistung würdige, sondern nach deren Herkunft funktioniere. Deshalb sei eine längere gemeinsame Schulzeit nötig, worin sie die Zustimmung von Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD), dem Vorsitzenden des Bildungsausschusses im Landtag, fand. Ideologisch sei es, das Nachdenken über eine Reform des Bildungssystems zu verbieten.

Renate Will (FDP) betonte, dass gerade der globalisierte Wettbewerb höchste Anstrengungen im Bildungsbereich erfordere. ■

Michael Spieker

Mindestlohn und Flexibilität am Arbeitsmarkt

Erfahrungen in anderen Ländern und Konsequenzen für Deutschland

Die Folgen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise sind nunmehr auch in Deutschland spürbar. Viele Unternehmen haben Kurzarbeit eingeführt bzw. kündigen sie an, doch besteht Hoffnung, dass die seit einigen Jahren zu beobach-

tende positive Beschäftigungsentwicklung sich nicht völlig umkehren wird. Offen bleibt, ob nach Überwindung der Krise das von der Politik formulierte Ziel der „Vollbeschäftigung“ erreicht werden kann. Die Frage, ob Deutschland nur mehr Arbeitsplätze, oder

auch mehr „gute Arbeit“ brauche, stand im Mittelpunkt einer gemeinsamen Tagung der Akademie mit dem Nürnberger Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) und dem Osteuropa-Institut Regensburg (OEI).

Die Tagung legte einen besonderen Akzent auf internationale Vergleiche und darauf, ob Erfahrungen anderer Länder auf Deutschland übertragbar sind. Ulrich Walwei, Vizedirektor des IAB, zeigte auf, dass in Deutschland die Langzeitarbeitslosigkeit und die



Ulrich Walwei: nur ein Achtel der Geringverdiener schafft den Sprung über die Niedriglohnschwelle

Arbeitslosigkeit von Geringqualifizierten in den letzten anderthalb Jahrzehnten deutlich über dem OECD-Durchschnitt lagen. Erst in den letzten zwei bis drei Jahren kehrte sich dieser Trend um und die Erwerbsquote stieg deutlich. Zudem haben Lohnspreizung und Teilzeitbeschäftigung in Deutschland stärker als in der gesamten OECD bzw. EU-15 zugenommen. Die Leiharbeit und die gesamte Niedriglohnbeschäftigung seien auf dem Vormarsch. Die Entwicklung des Niedriglohnsektors lasse verschiedene Deutungen mit unterschiedlichen Konsequenzen zu, so

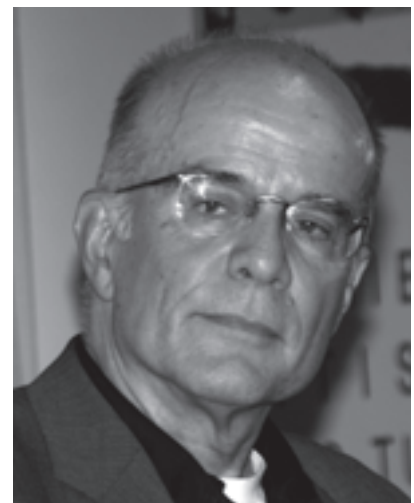
Walwei: „Immer mehr Leute müssen dazu verdienen bzw. immer mehr können auf dem Arbeitsmarkt Fuß fassen.“ Bedenklich sei, dass in der Vergangenheit (von 1998/99 bis 2005) nur etwa einem Achtel der Geringverdiener der Sprung über die Niedriglohnschwelle gelang: „Das ist im internationalen Vergleich eher wenig“, sagte Walwei.

Vorbild Großbritannien?

Die nachlassende Tarifbindung, die größere Ungleichheit der Einkommen und die Zunahme des Niedriglohnsektors sowie der Armut lassen die Frage aufkommen, ob nicht der Staat die Löhne aufstocken und die Unternehmerseite Mindestlöhne zahlen soll. In der kontroversen Debatte geht der Blick auch ins Ausland – zum Beispiel nach Großbritannien, wo der Mindestlohn eine lange Tradition hat. Kann der britische Mindestlohn Vorbild für Deutschland sein?

„Man führt einen Mindestlohn nicht ein, damit es keine Unterstützung mehr durch den Staat gibt, sondern um auf dem Arbeitsmarkt bestimmte Wettbewerbsstrukturen zu schaffen. Es geht um die Lohnverteilung im unteren Bereich“, sagte Gerhard Bosch vom Institut Arbeit und Qualifikation an der Universität Duisburg-Essen. „Am britischen Mindestlohn kann man sehen, wie man etwas politisch durchsetzt.“ Die paritätische Besetzung der 1997 eingerichteten Low Pay Commission (LPC) mit je drei Gewerkschaftern, Unternehmern und Wissenschaftlern („keine Verbandsdelegierte, sondern

unabhängige Persönlichkeiten“) sei sehr klug gewesen und habe die Festlegung der Mindestlöhne „entpolitisiert“. Zudem könnten keine negativen Beschäftigungseffekte nachgewiesen werden. „Die Mehrheit der britischen Ökonomen hat ihre Meinung zum Mindestlohn geändert“, so Gerhard Bosch.



Wolfgang Ochel: Armut über Grundversicherung und Steuersystem bekämpfen

Großbritannien sei nur bedingt als Vorbild für Deutschland geeignet, hielt Wolfgang Ochel vom Ifo-Institut dagegen. Zwar könne man von dem Einführungsprozess und der Handhabung des Mindestlohnes lernen, darin stimme er Gerhard Bosch zu. Jedoch seien die Evaluierungsergebnisse über Beschäftigungseffekte mit Hilfe „quasi-experimenteller Ansätze“ nicht übertragbar. Ein Vergleich der institutionellen Gefüge zeige starke Unter-

schiede. Hier nannte Ochel beispielsweise die hohe Arbeitsmarktflexibilität, die geringe Grundsicherung und die relativ geringe Abgabenbelastung in Großbritannien. In Deutschland sei dies genau umgekehrt.

Da man nicht wisse, wie ein gesetzlicher Mindestlohn in verschiedenen Arbeitsmarktsegmenten wirke, plädierte Ifo-Experte Ochel dafür, Armut nicht über eine Lohnanhebung, sondern über die Grundsicherung und das Steuersystem zu bekämpfen. „Es ist wünschenswert, dass jeder von seiner Arbeit leben können soll, aber über den Mindestlohn ist das nicht zu verwirklichen“, betonte er und sprach sich stattdessen für eine entsprechende Aus- und Weiterbildungspolitik, Kombilöhne und Aktivierungsmaßnahmen aus. Das Ifo-Institut bevorzuge deshalb ein Kombilohnmodell, das mit Beschäftigungsanreizen verbunden sei.

Nachfrageschock

Mikro- und makroökonomische Aspekte von Beschäftigung und Ungleichheit im Vergleich zwischen Deutschland und Großbritannien betrachtete David Soskice von der Universität Oxford. Im mikroökonomischen Bereich habe Deutschland den Empfehlungen der OECD zur Reform von Arbeitsmarkt und Wohlfahrtsstaat weitgehend Folge geleistet, trotzdem sei die Arbeitslosigkeit in Deutschland weiter gestiegen.

Die Ursachen dafür sah David Soskice deshalb eher im makroökonomischen Bereich. Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit verhalte sich umgekehrt proportional zum Wirtschaftswachstum, das in Großbritannien dank eines größeren privaten Konsums und öffentlicher Investitionen nun einmal höher als in Deutschland gewesen sei. Damit vertritt Soskice die keynesianische Sicht, die der deutschen Lohnzurückhaltung einen negativen Effekt auf die Nachfrage unterstellt. Im Gegensatz zur britischen Regierung habe die deutsche Bundesregierung mit ihrer vorsichtigen Fiskalpolitik keine zusätzlichen Gegenmaßnahmen ergriffen, um dem negativen Nachfrageschock entgegenzuwirken.

Vor dem Hintergrund der aktuellen internationalen Finanzkrise sei es, so Soskice, „sehr optimistisch zu denken, dass die Aktienkurse nicht mehr fallen werden“. Als gefährlichere Konsequenz sei eine scharfe Rezession zu befürchten: „Es wird für die Unternehmen viel teurer, sich Geld für Investitionen zu leihen.“ Gleiches gelte für die Kreditaufnahme seitens der privaten Haushalte. Die Rezession könne zwei Jahre oder länger dauern. „Das ist abhängig von der Antwort, welche die großen Regierungen auf die Krise geben. Ich befürchte, dass Deutschland mehr darunter leiden wird als die Verursacher Großbritannien und USA.“

Nachzügler Deutschland

Mit dem Thema „Fordern und Fördern“ beschäftigten sich Werner Eichhorst vom Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (IZA) in Bonn und Regina Konle-Seidl vom IAB und zo-



Regina Konle-Seidl: Aktivierung zentrales Leitmotiv der Arbeits- und Sozialpolitik Fotos: Twardy

gen dabei Lehren aus internationalen Erfahrungen. Das Handlungsfeld „Aktivierung“ sei mittlerweile das zentrale Leitmotiv der Arbeits- und Sozialpolitik in Europa. Deutschland war dabei ein Nachzügler, agiere aber nunmehr besonders ambitioniert. Alle Staaten kämpfen mit ähnlichen Problemen und entwickeln zunehmend ähnliche Strategien, allerdings mit unterschiedlichen Schwerpunkten.

Während mit Aktivierung in Deutschland die Langzeitarbeitslosigkeit verkürzt werden soll, wird in den USA die Transferabhängigkeit bekämpft. Großbritannien, die Niederlande, Dänemark und Schweden wollen Inaktive mobilisieren. Im Ländervergleich zeige sich, dass die „Aktivierung“ als generelles Prinzip inzwischen alle Erwerbspersonen erfasst. Während allerdings in Dänemark, Holland und Großbritannien die Zielgruppen schrittweise erweitert wurden, entschied sich Deutschland in den Jahren 2004 und 2005 für eine schlagartige Umstellung des Systems auf Arbeitslosengeld II mit dem Wegfall der Arbeitslosenhilfe, wodurch die registrierte Arbeitslosigkeit kurzfristig stark anstieg.

Sanktionen verstärkt

Der landesspezifische Mix von Fördern und Fordern zeige graduelle, aber nicht mehr grundsätzliche Unterschiede. „Alle Staaten verfügen mittlerweile über ein ähnlich ausdifferenziertes Instrumentarium“, erklärte Werner Eichhorst. „Work first“ bestimme derzeit die vorrangige Ausrichtung der Instrumente. In Staaten mit einer ausgebauten Arbeitsmarktpolitik und großzügiger Arbeitslosenunterstützung, wie Deutschland, Dänemark und den Niederlanden, verlieren längerfristige Qualifizierungsmaßnahmen gegenüber rascher Eingliederung an Bedeutung. Auch die Überwachung und Sanktionierung von Stellensuchenden wird intensiviert.

Flankiert werde dies durch eine Flexibilisierung und Deregulierung des Arbeitsmarktes, so Regina Konle-Seidl. In Staaten mit einer weniger großzügigen Arbeitslosenunterstützung und nur rudimentärer aktiver Arbeitsmarktpolitik wie in den USA und Großbritannien wird unter anderem die Sanktionierung verstärkt und oft ergänzt durch verschiedene Formen subventionierter Niedriglohnbeschäftigung. Zudem wird die Arbeitsmarktpolitik für bestimmte Zielgruppen ausgebaut.

Lars Mitlacher von der Universität Halle-Wittenberg betonte, dass die Jobqualität von Zeitarbeitnehmern insgesamt an vielen Stellen verbesserungsfähig sei. Das gilt vor allem in



den Bereichen Kompetenzentwicklung und Weiterbildung, bei den Arbeitsbedingungen und der Übernahme in ein reguläres Arbeitsverhältnis. Michael Kvasnicka vom Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) in Essen legte dar, dass für Deutschland weder die Hypothese von der Zeitarbeit als Sprungbrett noch als Sackgasse bestätigt werden könne. „Zeitarbeit scheint jedoch das Risiko von Arbeitslosigkeit nachhaltig zu verringern.“ Die Entlohnung sei zwar geringer, aber der Lohnabschlag kleiner als zumeist deskriptive Vergleiche vermuten ließen. Es gebe daher keine Evidenz für einen langfristig negativen Einfluss der Zeitarbeit auf Einkommensverläufe.

Die Arbeitsmarktpolitik der zehn neuen EU-Mitgliedsstaaten in Ost-Mittel-europa analysierten Michael Knogler vom OEI sowie Friedrich Buttler, früherer Direktor des IAB und der International Labour Organisation (ILO). Michael Knogler betonte, dass die neuen Mitgliedsländer oftmals unter ähnlichen Problemen (hohe Arbeitslosigkeit insbesondere bei Langzeitarbeitslosen und Geringqualifizierten, geringe Beschäftigungsquote) wie in den alten EU-Ländern zu leiden hätten. Als zentrale Herausforderungen der Arbeitsmarktpolitik nannte er Reformen der sozialen Sicherungssysteme sowie eine Reform der Bildungs- und Ausbildungssysteme.

Da in der Europäischen Union in den Bereichen Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik noch die Prinzipien der Subsidiarität und Proportionalität gelten – so Friedrich Buttler – befänden sich diese noch stark in nationaler Verantwortung: „Auch in den neuen EU-Mitgliedsländern kann man deshalb nicht von der Arbeitsmarktpolitik als einer Einheit sprechen“. In der EU führten deshalb „viele Wege nach Rom, aber nicht alles geht“, betonte Buttler zum Thema Flexicurity.

Über „Vollbeschäftigung in Deutschland – Vision oder Illusion“ diskutierten zum Abschluss die Bundestagsabgeordneten Brigitte Pothmer (arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen),

Heinrich Leonhard Kolb (sozialpolitischer Sprecher der FDP), Jürgen Jerger (Wirtschaftswissenschaftler an der Universität Regensburg und Direktor des OEI) und Ulrich Walwei (IAB) mit den Teilnehmern.



Brigitte Pothmer warb für das grüne Modell eines organisierten sozialen Arbeitsmarktes

Joblücke

„Wenn die Vision nicht ernst genommen wird, bleibt Vollbeschäftigung eine Illusion“, stellte Jürgen Jerger klar. Deutschland sei aber trotz der jüngsten Verbesserungen weit davon entfernt, denn die Arbeitslosigkeit liege weiterhin auf hohem Niveau. „Wir reden insgesamt immer noch über eine Joblücke von knapp fünf Millionen bis zur Vollbeschäftigung.“

„Davon auszugehen, dass der demografische Wandel die Arbeitsmarktprobleme löst, ist weit gefehlt“, betonte

„Mindestlöhne sind nicht der Untergang des Abendlandes. 20 von 27 europäischen Ländern haben sie“

Brigitte Pothmer MdB

Ulrich Walwei. Für ihn ist Bildung eine ganz zentrale Voraussetzung für die Beschäftigungsfähigkeit: „Die Menschen müssen souveräner sein, um mit dem Wandel umzugehen.“ Die Politik müsse allen ein Angebot machen, die

arbeiten wollen, auch wenn die Qualifikation nicht reicht, warb Brigitte Pothmer für das grüne Modell eines organisierten sozialen Arbeitsmarktes und für das System „Dual plus“ – eine überbetriebliche Ausbildung mit einem hohen Anteil betrieblicher Praxis.

Streitfall Mindestlohn

Einig waren sich Walwei, Pothmer und Kolb, dass die Sozialabgaben gerade am unteren Ende der Lohnskala eine große drückende Last seien. Unterschiedliche Einschätzungen gab es zum Mindestlohn. „Ich glaube nicht, dass sich mit einem gesetzlichen Min-



Jürgen Jerger: „Wenn die Vision nicht ernst genommen wird, bleibt Vollbeschäftigung eine Illusion“

destlohn die Zahl der Bezieher von Arbeitslosengeld II deutlich reduzieren lassen wird. Es wird für die geringer Qualifizierten schwieriger werden“, ist Kolb überzeugt. „Es kommt darauf an, was man daraus macht“, betonte Jerger.

„Mindestlöhne sind nicht der Untergang des Abendlandes. 20 von 27 europäischen Ländern haben sie“, erklärte Pothmer. „Wenn man einen gesetzlichen Mindestlohn einführt, müsste man ihn zwingend an das Niveau des Arbeitslosengeldes II knüpfen“, so Walwei. Nur wenn sich dieses verändere, dürfe man auch den Mindestlohn ändern. ■

*Andrea Kargus (IAB)
Wolfgang Quaisser*

Abstimmungen über Unabstimmbares

Politisches Handeln bei ethischen Kontroversen

Die Politik muss zunehmend Lösungen für Probleme finden, die in hohem Maße unterschiedliche ethische Grundüberzeugungen der Bürger betreffen. So zieht der wissenschaftliche Fortschritt mit seinen Erkenntnissen über genetische und neuronale Strukturen leidenschaftlich geführte moralische Diskussionen nach sich. Auf der Tagung wurde ein reflektierendes Zusammenspiel von Ethik, Wissenschaft und Politik versucht, um zu angemessenen Antworten auf die Herausforderungen zu kommen.

Die Bündelung der ethischen und fachlichen Expertise für den Umgang mit den Folgen, insbesondere der Anwendung der Lebenswissenschaften – dies ist die Hauptaufgabe des 2001 gegründeten Nationalen Ethikrates (seit 2008 Deutscher Ethikrat, siehe Kasten). Hildegund Holzheid, ehemalige Präsidentin des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs und des Oberlandesgerichts (OLG) München, ist Mitglied dieses Gremiums und ermöglichte Einblicke aus erster Hand.

Einander Zuhören

Aufgabe der 26 Mitglieder, die zur einen Hälfte vom Bundestag, zur anderen von der Bundesregierung bestimmt werden, sei es nicht, auf einen Konsens hinzuarbeiten. Vielmehr sollen ohne den Druck der politischen Auseinandersetzung die naturwissenschaftlich-medizinischen, juristischen und gesellschaftspolitischen Facetten und ethischen Probleme aufgezeigt werden, zum Beispiel im Zusammenhang mit dem Import embryonaler Stammzellen. Dies sei auch Ausdruck einer Kultur des einander Zuhörens bei oftmals sehr emotional geführten gesellschaftlichen Debatten.

Holzheid hob hervor, dass die Stellungnahmen des Ethikrates niemanden binden, sondern vielmehr der systematischen Darstellung der Zusammenhänge dienen. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger widmet sich der Deutsche Ethikrat auch zunehmend Themen, die nicht im unmittelbaren Zusammenhang mit den Biowissenschaften stehen. Ein



Hildegund Holzheid, Mitglied des Deutschen Ethikrats, gab Einblicke aus erster Hand

vom Ethikrat veranstaltetes öffentliches bioethisches Forum befasste sich beispielsweise mit der Frage einer staatlichen Eingriffspflicht bei Fehlernährung von Kindern.

Nützlichkeit im Vordergrund

Walter Schweidler, Philosophieprofessor an der Ruhr-Universität Bochum, untersuchte Expertisemöglichkeiten angewandter Ethik im Prozess des Auffindens von politischen Lösungen bioethischer Probleme. Als Beispiel für die Fähigkeit der Philosophie, zur Klarheit der öffentlichen Diskussion beizutragen, nannte Schweidler die mögliche Systematisierung der unterschiedlichen Statements von Politikern über den Umgang mit menschlichen embryonalen Stammzellen. Hier zeige sich der

alte philosophische Gegensatz zwischen utilitaristischen und deontologischen Ansätzen. Erstere stellen die Nützlichkeit des Ziels der Maßnahme



Walter Schweidler: Unabwägbarkeit der Selbstzweckhaftigkeit des Menschen

in den Vordergrund, also zum Beispiel die Verbesserung von Heilungschancen durch Forschung an embryonalen Stammzellen. Deontologische Ethik betone dagegen den Respekt vor der Unabwägbarkeit der Selbstzweckhaftigkeit des Menschen, so dass menschliches Leben nicht als Instrument zur Erreichung grundsätzlich wünschenswerter Ziele gebraucht werden darf.

Mit Blick auf staatliche Maßnahmen hob Schweidler die Rolle der Menschenwürde als Maßgabe hervor. Diese sei eine Begrenzung politischer Handlungen und Schaffung eines Raums des Unbestimmbaren. Es sei zentrale Aufgabe des Staates, die Menschenwürde zu schützen. Es bedeute eine zentrale Gefahr, wenn über das Unabstimmbare abgestimmt wird.

Rolle der Kirchen

Die Rolle der Kirche im Prozess der öffentlichen Willensbildung stand im Zentrum der Ausführungen von Alois Baumgartner, emeritierter Professor für Christliche Sozialethik an der Universität München und Mitglied des



Diözesanrats der Katholiken in der Erzdiözese München und Freising. Die Kirche, so Baumgartner, konnte der Logik der pluralistischen Demokratie nicht widerstehen und produziere zur Einflussmaximierung durch vielfältige Stäbe, Kommissionen und Büros rastlos Stellungnahme um Stellungnahme. Baumgartner fragte, inwieweit die Kirche überhaupt legitimiert ist, solchen Einfluss zu erstreben. Der demokratische Verfassungsstaat, in dem wir leben, versteht sich schließlich als welt-



Alois Baumgartner: *Rastlose Produktion von Stellungnahmen der Kirche*

licher, säkularer Staat, als Staat, der politische Herrschaft nicht religiös begründet und seine Rechtsnormen aus dem religiös gebundenen Sittengesetz herausgelöst hat.

Baumgartner vertritt die These, dass sich die Kirche nicht wie selbstverständlich bei allen politisch relevanten Themen einschalten sollte, sondern nur dann, wenn sie wegen ihrer Hinwendung zum Menschen dazu berufen ist. Das Bild des Menschen in die öffentliche Diskussion einzuführen, die Fragen zu stellen, was der Mensch sei und was ihn ausmache, scheine auf den ersten Blick eine begrenzte Einflussnahme zu sein. Sie sei jedoch von großer Tragweite. Die Kirche könne Andersdenkende herausfordern, über Menschenwürde und Menschenrechte nachzudenken und damit über den Geltungsgrund der Rechtsgemeinschaft. Die Themenbandbreite reiche vom Zustand des Strafvollzugs bis zu

Deutscher Ethikrat

Unter der Kanzlerschaft Gerhard Schröders wurde 2001 der „Nationale Ethikrat“ gegründet. Die Nachfolge dieses Gremiums trat 2008 der „Deutsche Ethikrat“ an, der auf eine gesetzliche Grundlage gestellt wurde.

Gemäß § 2 des „Gesetzes zur Einrichtung des Deutschen Ethikrats“ verfolgt der Rat die ethischen, gesellschaftlichen, naturwissenschaftlichen, medizinischen und rechtlichen Fragen sowie die voraussichtlichen Folgen für Individuum und Gesellschaft, die sich im Zusammenhang mit der Forschung und den Entwicklungen insbesondere auf dem Gebiet der Lebenswissenschaften und ihrer Anwendung auf den Menschen ergeben. Zu seinen Aufgaben gehören insbesondere:

1. Information der Öffentlichkeit und Förderung der Diskussion in der Gesellschaft unter Einbeziehung der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen;
2. Erarbeitung von Stellungnahmen sowie von Empfehlungen für politisches und gesetzgeberisches Handeln;
3. Zusammenarbeit mit nationalen Ethikräten und vergleichbaren Einrichtungen anderer Staaten und internationaler Organisationen.

Zu seinen 26 Mitgliedern gehören Repräsentanten verschiedener Wissensbereiche und anerkannte Personen, die in besonderer Weise mit ethischen Fragen der Lebenswissenschaften vertraut sind. Zu den momentanen Mitgliedern gehören etwa Edzard Schmidt-Jortzig (Vorsitzender), Hildegund Holzheid, Jürgen Schmude und Erwin Teufel.

<http://www.ethikrat.org/>



Alexander Kissler: *Naturalistische Weltsicht auf dem Vormarsch*

Fragen des politischen Umgangs mit fallen gelassenen Politikern.

Der Kulturjournalist Alexander Kissler von der „Süddeutschen Zeitung“ sieht eine naturalistische Weltsicht auf

dem Vormarsch. Die Sehnsucht nach einer wissenschaftlichen Weltanschauung, also die Erlangung verlässlicher Erkenntnisse über die Welt ausschließlich auf naturwissenschaftlichem Wege, scheine gute Chance zu haben, mehrheitsfähig zu werden. Entsprechende Erkenntnisse über Willensfreiheit im Zuge der Hirnforschung etwa verschieben die argumentativen Gewichte radikal. Kategorien wie Wahrheit, das Absolute, Norm und Würde galten früher noch als fraglos, heute sind sie begründungspflichtig, wenn nicht gar unbegründbar. Kissler plädierte angesichts dieser Entwicklung für ein Bild von Bildung, welches den ganzen Menschen auf jeder Ebene, also auch jenseits von Gehirn und Genom, umfasst.

Der Mediziner und FDP-Bundestagsabgeordnete Konrad Schily zeichnete die Entwicklung des Lebens als Gegenstand der Politik nach. Zum einen wird der Körper des Menschen Schauplatz



der (Bio-) Politik durch die Kollektivierung individueller Gesundheitsrisiken, zum anderen aufgrund der immer weiter steigenden Möglichkeiten der technischen Beeinflussung von Lebensprozessen.

Technisch möglich – ethisch akzeptabel?

Ist das, was technisch möglich ist, auch ethisch akzeptabel und gesellschaftlich gewollt und wie soll die Politik einen Wissensbereich gesetzgeberisch regulieren, der aufgrund seiner Dynamik und Komplexität kaum noch zu überblicken ist? An den Beispielen der Stammzelldebatte und Patientenverfügung zeigte Schily die Schwierigkeiten einer ausgewogenen Diskussion, in die neben dem moralisch-ethischen Diskurs immer auch wissenschaftsstrategische, ressourcenorientierte und ökonomische Interessenlagen hineinspielen. Schily setzt sich angesichts dieser Situation dafür ein, das Kant'sche Argument der Selbstzweckbindung des Menschen nicht zu Gunsten der Forschungsfreiheit aus den Augen zu lassen: „Wenn es um Grundlagen geht, tut reflexive Entschleunigung not“, so der FDP-Politiker.

Fragwürdige Ziele

Davinia Talbot, Ärztin und Medizinethikerin von der Universität Münster, stellte die ethische Problematik des sogenannten Neuro-Enhancements vor. Dabei geht es darum, die kognitive und emotionale Leistungsfähigkeit des Menschen außerhalb von therapeutischen Kontexten durch Medikamente zu verbessern.

Talbot präsentierte die einschlägigen Pro- und Contra-Argumente. So wenden Skeptiker ein, dass es grundsätzlich ein fragwürdiges Ziel sei, den Menschen zu verbessern. Jedoch, so fragen andere Protagonisten der bioethischen Debatte zurück, was spricht dagegen, das Ziel Verbesserung zu verfolgen, welches sogar vielmehr geboten ist? Wenn man bei Kindern das Tennisspielen fördert, so die Argumente, kann man dies auch hinsichtlich der emotionalen Ausgeglichenheit tun. Auch werde in der Diskussion Neuro-

Enhancement abgelehnt, da es dem Wesen der menschlichen Natur widerspreche. Jedoch, so ließe sich einwenden, was ist das Wesen der menschi-

dere darin, ein „stillschweigendes Enhancement“ zu vermeiden. Dies entstehe dann, wenn Ärzte aufgrund von drängenden Anfragen nicht therapie-



Der FDP-Abgeordnete Konrad Schily fordert „reflexive Entschleunigung“



Davinia Talbot: „Kann und darf sich der Mensch selbst erfinden?“

Fotos: Richter

chen Natur? Manche sagen, dazu gehöre vielleicht sogar die Wandlung, also der Mensch als ein Wesen, das sich gewissermaßen selbst erfinden könne.

Nach der Präsentation und Analyse der einschlägigen internationalen bioethischen Diskussion wandte sich Talbot der Frage des rechtlichen Regelungsbedarfs zu. Diesen sieht sie insbeson-

bedürftigen Patienten entsprechende Medikamente verschreiben. Talbot sagte, dass der Arzt solche „Enhancement-Entscheidungen“ nicht alleine treffen sollte, und verwies auf die „Einbecker Empfehlungen“* der Deutschen Gesellschaft für Medizinrecht über Fragen der „wunscherfüllenden Medizin“. ■

Gero Kellermann

* <http://www.medizin.uni-koeln.de/dgmr/empfehlungen/empfl6.shtml>



Zeichnung: Mester

Eine globale Sicht auf die „68er“

Mythos und Legenden eines wichtigen Jahres

„68“ war im „Jubiläumsjahr“ 2008 in aller Munde. Bei allen Rekapitulationen, Bilanzen, Debatten und Bewertungen entstand oft der Eindruck, es habe sich um ein quasi punktuelles Ereignis gehandelt; zum anderen wurde meist Nabelschau betrieben und der Blick über die eigenen Grenzen unterlassen. Doch „68“ ist nur eine Chiffre für komplexe Prozesse, Entwicklungen und Umbrüche, die sich über einen längeren Zeitraum erstreckten und in zahlreichen Ländern der Erde in je unterschiedlichen Ausprägungen sich ereigneten. Eine Tagung unserer Akademie und der Bayerischen Amerika-Akademie über „die sozialen Bewegungen von 68 – global gesehen“ ging über diese Verkürzungen hinaus und gab mit einer internationalen Ausrichtung den Blick über den Tellerrand frei.

Auf die Unterschiede der Phänomene wiesen die Tagungsleiter, Akademiedirektor Heinrich Oberreuter und Jürgen Gebhardt, bei der Eröffnung hin: Schon im Hinblick auf die gänzlich konträren Ziele in Ost und West müssten auch eigene Erfahrungen und Vorurteile überprüft werden. Der für manche identitätsstiftende „Mythos 68“ sei etwa in den USA weder in der Öffentlichkeit noch in der Wissenschaft ein Thema.

Bedrohte Freiheit

Den Blick in die einzelnen Länder eröffnete Donald Downs von der University of Wisconsin mit einer Analyse der Auswirkungen der US-Studentenbewegungen der 1960er Jahre auf die Universitäten, insbesondere auf die akademische Freiheit. Dabei stellte er im „Berkeley Free Speech Movement“ bedenkliche Aspekte fest, die von radikaleren Studentenbewegungen sogar zu einer antiliberalen Haltung weiter entwickelt und gegen die gesamte damalige liberale akademische Elite gerichtet worden seien. So seien Unterdrückungen der akademischen Freiheit zuvor vor allem von der Rechten gekommen; seit den 1980er Jahre kämen die von der Linken hinzu. In dieser Hinsicht sei die Wirkung der Studentenbewegung an den US-Universitäten ambivalent zu betrachten.



Donald Downs: Unterdrückungen akademischer Freiheit

Rot-grüne Deutungsmacht

Albrecht von Lucke, Redakteur der „Blätter für deutsche und internationale Politik“, rekonstruierte den „zutiefst deutschen Schlagabtausch“, der sich im Laufe der Zeit um die Deutung von „68“ entwickelte. Das Jahr 1968 selbst sei Kulmination und zugleich Zerfallsdatum der Bewegung gewesen, ab dem der Kampf um die Deutungshoheit einsetzte. Der Begriff „68“ weise über die Jahrzehnte Konjunkturzyklen auf, die sowohl mit wechselnder Aufmerksam-

keit als auch mit wechselnden Bewertungen einhergingen. Während „1968“ bis zum Ende der rot-grünen Koalition Deutungsmacht beanspruchen konnte, habe sich die Lage zu einer deutlich umstritteneren Sicht der Dinge im Jubiläumsjahr entwickelt.



Albrecht von Lucke: 1968 Kulmination und zugleich Zerfallsdatum

Prager Frühling

Der tschechische Schriftsteller Pavel Kohout schilderte seine subjektive Perspektive auf 1968 in der damaligen Tschechoslowakei, farbig illustriert mit persönlichen Erfahrungen. So sei der Prager Frühling wesentlich dadurch motiviert gewesen, dass man die kommunistische Machtübernahme als Versagen der Demokraten interpretierte und dies reparieren wollte. Die große Antriebskraft Dubceks sei das Streben nach einer „anständigen Politik“ gewesen, was aus den inneren Strömungen der Kommunistischen Partei den frischen Wind auf die gesamte Bevölkerung übertrug. Doch die Aufbruchstimmung im ganzen Land sei auch wenig zielgerichtet gewesen: „Alle wollten etwas, und keiner wusste was.“ Noch vor einer Konkretisierung des Kurswechsels sei die Niederschlagung durch die Sowjetunion gekommen.



Kazimierz Woycicki, aktiv im polnischen Widerstand gegen die kommunistische Diktatur, wies als Hintergrundbedingung zunächst auf die sehr harte stalinistische Unterdrückung in Polen hin. In der Widerstandsbewegung habe es keine Debatten über eine Reform des Sozialismus gegeben; Ziel sei vielmehr immer die freiheitliche Demokratie westlicher Prägung gewesen. Dies habe sich wesentlich 1968



Kazimierz Woycicki: Keine Debatten über Reform des Sozialismus in Polen



Pavel Kohout: Aufbruchstimmung des Prager Frühlings wenig zielgerichtet
Fotos: Twardy

tungsgesellschaft als Ausdruck des Emanzipationswillens der nach dem Krieg geborenen Generation gewesen. Dabei habe es sich eher um eine Wohlstandskrise gehandelt, nicht um einen Generationenkonflikt wie in Deutschland. Der Hass gegen die Polizei, rührend aus den Protesten gegen den Algerienkrieg, habe sich im Mai 1968 aktiviert und sei in die Studentenrevolte und -krawalle gemündet.

Der Sozialwissenschaftler Felix Dirsch stellte schließlich aus historischer Perspektive Überlegungen zur Historisierung von „1968“ in Deutschland an, um zu klareren Einordnungen zu kommen, denn es gebe eine Diskrepanz zwischen angeblichen oder tatsächlichen Folgen von 1968 einerseits und den Intentionen der seinerzeitigen Akteure andererseits.

Legendenbildung

Drei Mythen müsse begegnet werden: erstens der Legende vom Beginn der kritischen Vergangenheitsbewältigung in den späten 1960er-Jahren; zweitens dem Mythos, dass der Umgang mit der Vergangenheit nach 1945 grundsätzlich falsch gewesen sei; drittens der Stilisierung „Wir die 68er!“, die nicht recht zu den realen Ereignissen passe.

Dirsch kam zu dem Ergebnis, dass eine konsequente Historisierung viele Belege für die These liefere, dass „68“ nur ein Element eines groß angelegten Umbruchs darstellten. Die Missachtung dieser Erkenntnis habe wesentlich zur Entstehung des „Mythos 68“ beigetragen. ■

Stefan Köppl

entschieden, auch durch die Erfahrungen der Tschechoslowakei. Anders als in Deutschland sei es in Polen erst zu einer Revolte der Arbeiter gekommen, denen die Intellektuellen nur sehr zögerlich gefolgt seien. Auch sei kein Generationenkonflikt vorhanden gewesen, da man die Eltern als Helden gesehen habe, die unter Nazis und Kommunisten gelitten hätten. Sogar der Vietnamkrieg sei eher als Verteidigung der Demokratie gegen den sowjetischen Imperialismus gewertet worden. Mit den deutschen 68ern habe es also wenig Gemeinsamkeiten und auch kaum Kontakte gegeben; erst später seien sie wichtige Partner geworden.

Der an der Sorbonne lehrende Germanist Gilbert Merlio schilderte, wie der Mai 1968 in Frankreich zum Mythos wurde. Grundlage sei eine vom Neo-Marxismus getragene soziale Bewegung gegen die Wohlstands- und Leis-



1968: Studentendemonstrationen in der ganzen Bundesrepublik

Foto: WDR

40 plus 20 ergibt 60

Umbrüche und Zäsuren in der jüngsten deutschen Geschichte

Welche Ereignisse, Entscheidungen und handelnden Personen die Signatur einer historischen Epoche bestimmt haben, lässt sich in aller Regel nur aus der gebotenen historischen Distanz beurteilen. Im Rückblick auf 60 Jahre deutscher Zeitgeschichte kann man durchaus die Staat und Gesellschaft in der Bundesrepublik und in der DDR prägenden und somit folgenreichen historischen

Zäsuren erkennen, sofern man darunter in einem bewusst weiter gefassten Sinn „Auf- und Abschwünge, Brüche, nachhaltige Veränderungen“ (Martin Broszat) in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft versteht. Was im Nachhinein als historische Weichenstellung mit Langzeitwirkung bewertet wird, lässt sich manchmal mit einem präzisen Datum versehen. Häufiger haben wir es aber mit wichtigen Teilge-

schichten und Entwicklungsprozessen mit großem Veränderungspotenzial zu tun, die sich dann als geschichtsmächtig erweisen. In diesem Sinn diskutierten unter der Leitung von Jürgen Weber Historiker und Politikwissenschaftler über wichtige Geschehnisse und Entwicklungen der deutschen Geschichte zwischen der doppelten Staatsgründung 1949 und der deutschen Einheit 1990.

In seinem Referat über „Das ‚goldene Zeitalter‘ – Ursachen und historische Einordnung des deutschen Wirtschaftswunders“ – vermittelte der Wirtschaftshistoriker Christoph Buchheim von der Universität Mannheim einige überraschende neue Erkenntnisse, die zwar nicht an der Tatsache des deutschen Wirtschaftswunders rütteln, aber ausdrücklich darauf verweisen, dass es auch in anderen westeuropäischen Ländern wie zum Beispiel in Frankreich einen vergleichbaren wirtschaftlichen Aufschwung gab. Der in zahlreichen westlichen Industrieländern in den ersten zweieinhalb Jahrzehnten nach dem Krieg herrschende Boom war ein Aufholprozess gegenüber den USA und beruhte auf einer raschen Steigerung der von technischem Fortschritt und hohem Kapitaleinsatz getragenen Arbeitsproduktivität.

In Westdeutschland wirkte die Währungs- und Wirtschaftsreform vom Juni 1948 als Katalysator für dieses Wachstum. Die Reformen entfesselten die bereits seit 1945 vorhandenen wirtschaftlichen Rekonstruktionskräfte – viel später als in anderen Ländern mit weniger zerrüttetem Geld- und Preis-

system. Für das Wirtschaftswunder, so Buchheim, „genügte offensichtlich eine marktwirtschaftlich-kapitalistische Grundorientierung der Wirtschaftspolitik, die in allen westeuropäischen

sischen Protagonisten dieses Konzepts – wie etwa Walter Eucken, Franz Böhm, Alfred Müller-Armack und Ludwig Erhard als der wichtigste politische Vertreter dieses Konzepts – verstanden darunter in erster Linie eine Wettbewerbswirtschaft, die durch den Staat geschützt und reguliert wird.



Christoph Buchheim: „Ludwig Erhard war nicht der Vater der Sozialen Marktwirtschaft“



Michael Th. Greven: „Wirkungen der 68er-Bewegung überschätzt“

Ausdrücklich erinnerte der Referent auch an eine weitere Tatsache, die häufig übersehen wird: „Ludwig Erhard war der Vater der Marktwirtschaft in der Bundesrepublik, nicht aber der Vater der Währungsreform und auch nicht der Sozialen Marktwirtschaft. Dies waren vielmehr die Alliierten, vor allem die amerikanische Besatzungsmacht“.

Staaten – jedoch nicht in Osteuropa – vorlag. Das macht plausibel, warum es nicht nur in der Bundesrepublik, sondern in Westeuropa generell in der Nachkriegszeit zu einem Boom kommen konnte“.

Buchheim räumte mit der verbreiteten Meinung auf, die „Soziale Marktwirtschaft“ in ihrem ursprünglichen Sinn sei eine Art Marktwirtschaft mit möglichst viel Sozialstaat. Die zeitgenös-

„Anti-parlamentarische Opposition“

Der Hamburger Politikwissenschaftler Michael Th. Greven verstand es, mit einer unkonventionellen Analyse der „68er-Bewegung“ sein Publikum herauszufordern. 1968 war in der Bundesrepublik eine eher zufällige Kumulation verschiedener Ereignisse festzustellen, welche erst nachträglich zu einer weltumspannenden Jugendrevolte kon-



struiert wurden, so Greven. Betrachtet man diese verschiedenen Bewegungen genauer – Kampf gegen Wiederbewaffnung; Kampf gegen Atomtod; Kommune-Bewegung; Hippie-Bewegung; Anti-Vietnamkrieg-Bewegung; Universitätsreform-Bewegung; Anti-Notstands-Bewegung usw. – dann lässt sich eine Vielfalt von gesellschaftlichen Strömungen erkennen, die sich überlagerten, jedoch keine gemeinsamen politischen Auffassungen, keinen integrierenden, gemeinsamen Nenner hatten. Die APO (anti-parlamentarische Opposition, nicht: außerparlamentarische Opposition) bestand somit aus vielen Bewegungen und Strömungen. Ihren Einfluss auf die gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland veranschlagt Greven als nicht sehr hoch, zumindest war er geringer als dies die verbreitete Erinnerung an ihre bekannten Führungsfiguren suggeriere.

Die Große Koalition unter Kiesinger und Brandt hätte zwischen 1966 und 1969 mit ihrer erfolgreichen Modernisierungspolitik wichtige Reformen durchgesetzt, die nicht das Verdienst der APO waren. Noch immer sei aber die APO geeignet, das „Feuer des politischen Deutungskampfes zu schüren“, als ein „Kampffeld für aktuelle Politik“. Im Jubiläumsjahr der Bundesrepublik gelte das mehr denn je als Anlass neuerlicher Auseinandersetzung und einer Mythenbildung.

Verlorene Sicherheiten

Die 1970er Jahre waren das Thema von Winfried Süß vom Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam. In ihnen erkennt er eine „Epochenschwelle“ nach dem „goldenen Zeitalter“ des europäischen Wohlfahrtskapitalismus. Fragwürdige Stabilitätsannahmen, verfehlte Erwartungen an Wohlstandszuwächse ohne Ende und an stabile Arbeitsmärkte bei steigenden Löhnen kennzeichneten zunächst die politischen Diskussionen jener Jahre. Die Parteien überboten sich in ihren Leistungsversprechen. Nach den



Die ersten Trabbis rollen über den alliierten Grenzübergang Checkpoint Charlie in Berlin
Foto: APB-Archiv

beiden Rezessionswellen (Ölkrisen) von 1974/75 und 1980/82 erwies sich das alles als Makulatur, der Traum der immerwährenden Prosperität in Deutschland war an sein Ende gekom-

heutigen Tag. Als „eine Zeit verllorener Sicherheiten“ charakterisierte Süß die 1970er Jahre, deren Wirkungen bis in die Gegenwart zu spüren seien.



Winfried Süß: „Rentenreform von 1972 ein Sündenfall“



Manfred G. Schmidt sparte nicht mit Lob und Tadel

Sinkende Sozialleistungen

In seinen systematisch-chronologischen Betrachtungen der Zäsuren in der wohlfahrtsstaatlichen Entwicklung Deutschlands von 1945 bis in die Gegenwart entfaltete Manfred G. Schmidt von der Universität Heidelberg ein spannendes Panorama der bundesdeutschen Sozialpolitik, wobei er mit Lob und Tadel an die Adresse der jeweils verantwortlichen Regierungen nicht sparte.

men. Die langfristigen ökonomischen Rahmenbedingungen veränderten sich, ohne dass deren Bedeutung erkannt bzw. anerkannt wurde. So erwies sich die deutsche Rentenreform von 1972 als ein „Sündenfall“, weil sie nicht finanzierbar war. Hinzu kam ein dramatisches Absinken der Geburtenrate mit ihren Folgen für die Alterssicherung. Die industrielle Arbeitsgesellschaft geriet in die Krise. Die Arbeitslosigkeit entwickelte sich zu einem Kernproblem der europäischen Wohlfahrtsstaaten und beschäftigt sie bis zum

Zugleich machte er aber auch deutlich, wie fundamental wichtig die Sozialpolitik für die Stabilisierung der Demokratie in Deutschland war und ist. Interessanterweise stimmte der Experte nicht in den Chor derer ein, die in letzter Zeit in Adenauers Rentenreform von 1957 die problematischen Aspekte (demografischer Faktor) hervorheben, sondern er wertete diese als eine dreifache und weltweit einmalige Innovation, die die Idee der Lebensstandardsicherung mit dem Prinzip der Dynamisierung und dem Sozialversiche-



rungsprinzip verbunden habe. Über die Ursachen für die sich seit den 1970er Jahren abzeichnenden Grenzen der Sozialpolitik stimmte er mit seinem Vorredner überein. So sah sich die Regierung Kohl in den 1980er Jahren zu ersten Einschnitten veranlasst, die die Sozialleistungsquote um über drei Prozent sinken ließen. Auch in den nachfolgenden, auf die ökonomischen Notwendigkeiten in aller Regel zu spät reagierenden kleineren und größeren sozialen Reformen (Rentenversicherung, Arbeitsmarktreformen der Regierung Schröder seit 2003) sieht Schmidt einen Beleg dafür, dass die Kontinuitäten in der Sozialpolitik überwiegen.

Die Bundesrepublik ist und bleibt ein „Sozialversicherungsstaat“, dessen zahlen- und altersmäßig anwachsende Klientel die Mehrheit der Wählerschaft bilde, was sich auf die sozialpolitischen Entscheidungen der Zukunft auswirken werde.

Auch in der Europapolitik der Bundesrepublik in den letzten 60 Jahren dominieren die Kontinuitäten mit gelegentlichen nachhaltigen „Weichenstellungen“, wie die Würzburger Politikwissenschaftlerin Gisela Müller-Brandeck-Bocquet aufzeigte. Diese auf Konrad Adenauer zurückgehende Kontinuität der deutschen Integrationspolitik im Sinne einer Politik der Westbindung ohne Wenn und Aber galt auch nach der Wiedervereinigung

bis heute uneingeschränkt und wurde somit von einer neuen Politikergeneration bestätigt.

Vermittelte die Tagung bis dahin den Eindruck, dass die heutige Bundesrepublik weitgehend von historischen Kontinuitäten geprägt ist, so bestimmten den letzten Teil der Veranstaltung vor allem die existenziellen Krisen der DDR und schließlich die historische Zäsur ihres Zusammenbruches.

Der in der Berliner Behörde der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (BStU) forschende Historiker Roger Engelmann konnte ebenfalls mit nicht allgemein bekannten Erkenntnissen im Zusammenhang mit dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953 und dem Mauerbau vom 13. August 1961 aufwarten – zwei dramatische Ereignisse der deutschen Zeitgeschichte. Beide für die SED-Diktatur gefährliche Krisen zeigen gewisse Ähnlichkeiten auf: die jeweils vorangehenden von der Staatspartei gestarteten Transformationsoffensiven im Sinne des „Aufbaus des Sozialismus“ waren mit Repression und ideologischer Verwerfung verbunden und führten zu erheblichen Versorgungsschwierigkeiten für die Bevölkerung. Es gibt auch Unterschiede: hatte im Vorfeld des 17. Juni der Sicherheitsapparat weitestgehend versagt, so behielt die SED nach dem Mauerbau die Lage in der DDR im Griff.



November 1989: Die Mauer hat nach 28 Jahren Löcher bekommen und die Massen sind nicht mehr zu halten
Foto: APB-Archiv

Verordnetes Schweigen

Letzteres galt jedoch nicht für die friedliche Revolution von 1989, über die der Theologe Ehrhart Neubert aus Erfurt sprach: als Zeitzeuge und Mithandelnder, aber auch als vielfach ausgewiesener Historiker der Geschichte der DDR-Diktatur.

In den Mittelpunkt seiner Analyse des Revolutionsherbstes 1989 stellte er die besondere Bedeutung der Sprache und der Kommunikation zwischen Herrschenden und Beherrschten. Lange



Ehrhart Neubert: Überwindung der „sprachlosen Gesellschaft“ in der DDR
Fotos: Twardy

Zeit war die ostdeutsche Gesellschaft in der Diktatur zum Schweigen verurteilt. Die Oppositionellen suchten die Öffentlichkeit und wollten die „sprachlose Gesellschaft“ überwinden. In Leipzig und anderenorts waren die Friedensgebete, an denen sich auch Atheisten beteiligten, eine wichtige Alternative zum verordneten Schweigen. Die subversiven Formen der politischen Kommunikation in den späten 1980er Jahren kulminierten schließlich im Wortwitz der Demonstranten während der friedlichen Revolution. Mit einer eigenen „Dialogpolitik“ versuchte die SED dagegen zu halten – ohne Erfolg allerdings und von mutigen Bürgern als „Dialüge“ verspottet. Mit vielen weiteren Details, spannend und amüsant vorgetragen, verstand es Neubert, jene aufregende Zeit in der von ihm gewählten Perspektive lebendig werden zu lassen. ■

Achim Beyer/Jürgen Weber

Siehe Presseschau Seite 44

Wirtschaftsboom in Indien und China

Asiens Großmächte politisch und ökonomisch auf dem Vormarsch

Indien und China, gerne als „Chindia“ zusammengefasst, gehören durch ihre Bevölkerungszahl, ihre geographische Ausdehnung und dynamische wirtschaftliche Entwicklung zu den zukünftig führenden Mächten. Beide Staaten sind nicht nur Wirtschaftsakteure, sondern betreiben eine Sicherheitspolitik, deren Machtprojektion zunehmend über die Region hinausgeht – mit potenziellen Auswirkungen für amerikanische und europäische Interessen. Grund genug also, diese und andere relevanten Asien-themen weiter im Programm der Akademie zu halten.

Für das Seminar „Indien und China“ im Dezember fasste Christian Wagner von der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin die sicherheitspolitischen Herausforderungen in Süd-asien zusammen. Innenpolitisch stellen die großen religiösen, sprachlichen und ethnischen Unterschiede den Subkontinent vor Probleme. So leben etwa 500 Millionen Muslime in der Gesamtregion; Indiens Sprachenvielfalt und die damit verbundenen Probleme sind legendär; und alleine 80 Millionen Menschen – eine Anzahl, größer als die Einwohner vieler europäischer Staaten – haben eine unterschiedliche Stammeszugehörigkeit. Die Politik der Zentralregierung, aufständischen religiösen, ethnischen und sprachlichen Gruppen eigene Gebiete oder sogar Staaten (im Verbund der Indischen Union) zuzugestehen, war der Einheit nicht zuträglich. In diesem Zusammenhang muss allerdings erwähnt werden, dass von durchgehend föderalen Strukturen nicht die Rede sein kann, da die Zentralregierung sehr weitreichende Befugnisse hat und eine Provinzregierung sogar auflösen kann.

Risiko Atombombe

In der außenpolitischen Dimension ist das größte konventionelle Sicherheitsrisiko, so Christian Wagner, die Nuklearrüstung. Das indisch-amerikanische Nuklearabkommen versetzt Indien in die Lage Großmachtambitionen zu verfolgen, Energieengpässe zu überwinden und die wirtschaftliche Modernisierung fortzuführen. Das

Abkommen hat jedoch eine Diskussion über den Atomwaffensperrvertrag aufgeheizt: Indien ist keine offizielle Atommacht. In der indischen Außenpolitik bemerkenswert sind die Verbes-



Christian Wagner: „Indien verfolgt Großmachtambitionen“

serungen der Beziehungen zu China – dem nach den USA größten Handelspartner – und zu Pakistan. Die von pakistanischen Extremisten unterstützten Terrorangriffe auf Luxushotels, Krankenhäuser und Cafés in Mumbai (Bombay) ereigneten sich Ende November 2008 nach der Tagung.

Die vielfältigen Probleme sollten jedoch nicht über ein Stabilitätsmerkmal in Indien hinwegsehen: den Konsens über die Demokratie und den Glauben an die Institutionen. Die soziale Realität

erscheint als nicht-traditionelles Sicherheitsrisiko: Die schlechte Umverteilung sorgt für ein anhaltendes Armutsproblem. Immer noch leben 420 Millionen Menschen unterhalb der indischen Armutsmarke von 1,25 US-Dollar pro Tag und 480 Millionen haben weniger als zwei US-Dollar zur Verfügung.

Entwicklungshindernisse

Die Umweltverschmutzung und die Wasserprobleme, ein schlechtes Bildungsniveau, Terrorismus und Extremismus, sowie Organisierte Kriminalität und Korruption stellen weiterhin ernste Entwicklungshindernisse dar. Und dennoch ist Vertrauen in die Demokratie vorhanden, zumindest in den oberen Gesellschaftsschichten.

Ira Sarma von der Universität Leipzig widmete sich „Bollywood“ – Indiens Kino-Traumfabrik – als gesellschaftlichem Phänomen.

Propaganda im Film

Sie erläuterte Filme als Träger von Politik und Propaganda. Mit einer Produktion von etwa 1000 Filmen pro Jahr sticht Bollywood die amerikanische Filmindustrie weit aus. Allerdings sind streng genommen nur etwa 20 Prozent Bollywood-Produktionen, also Hindi-Filme. Die Mehrheit der Filme spielt in anderen Sprachen, wie Telegu oder Tamil.

Auch die Unterhaltungsindustrie ist durch Sprachunterschiede fragmentiert. Ein höherer Lebensstandard und mehr Zeit führen zu neuen Unterhaltungswünschen. Nirgendwo auf der Welt werden, auch in Ermangelung anderer öffentlicher Vergnügungen, mehr Kinokarten verkauft als in Indien: 3,7 Milliarden pro Jahr – in den USA sind es nur 1,5 Milliarden. Der Kinobesuch ist ein soziales Ereignis, ein Gemeinschaftserlebnis – oft für die ganze Familie. Dies und die Tradition der indischen Götterwelt prägen



stark, führen aber auch zu moralischen und pädagogischen Botschaften. Heimat und Familie sind hohe Werte und Inhaltselemente der meisten Produktionen. Das „echte“ Bollywood ist also nicht nur die süße, bunte Welt der in Europa bekannten Filme. Es geht vielfach um große soziale Probleme und familiäre Verwerfungen, die nur unter schweren Opfern gelöst werden können.

„Mother India“ ist ein klassischer Bollywoodfilm, der der Aufrechterhaltung des moralischen Universums dient. Die Ehre und Einheit des Dorfes und der Familie müssen erhalten werden. Die ideale indische Frau verkörpert hier sowohl die Nation als auch die Verwurzelung mit der Erde. Nebenbei vermittelt die Bildsprache Aufbaustreben und Industrialisierung des indischen Frühsozialismus. Das Kino, so Ira Sarma, ist der „Hüter der nationalen Idee Indiens“ und sucht Identität durch Schaffung eines Feindbildes zu stärken. Der Hindu-Nationalismus und starke anti-englische Botschaften in einigen Produktionen sind problematisch. Muslime sind in klassischen Filmen selten positiv besetzte Figuren; auch wenn Indiens größter Superstar, Shah Rukh Khan, aus einer muslimischen Familie kommt.

Chinas Boom

Kollabiert der chinesische Drache? fragte Christian Göbel von der Universität Duisburg-Essen angesichts der innenpolitischen Herausforderungen Chinas und den Reaktionen der Regierung. Insbesondere in den Bereichen Menschen- und Minderheitenrechte und Pressefreiheit ist China von internationalen Standards weit entfernt. Erklären lässt sich die Nervosität der chinesischen Führung durch die Erfahrungen der Kolonialzeit, des wirtschaftlichen Niedergangs und der mühsamen und opferreichen wirtschaftlichen Konsolidierung. Eine wichtige Rolle spielen auch die politischen Kampagnen. Es darf nicht vergessen werden, dass China erst 2002, nach dem Beitritt zur Welthandelsorganisation, wirtschaftlich „explodierte“. China boomt, aber das Wirtschaftswunder ist noch relativ jung und kei-

neswegs stabil. Das Bruttosozialprodukt pro Kopf lag noch Mitte der 1990er Jahre bei nur etwa 5000 Yuan (rund 500 Euro) pro Jahr. Auch die Exporte und der Rohstoffverbrauch



Ira Sarma: „Kino als Hüter der nationalen Idee Indiens“

weisen erst ab 2002 riesige Steigerungsraten auf. Auf der anderen Seite sind Teile von China immer noch unterentwickelt durch eine kleinteilige Wirtschaftsstruktur, niedrige Wertschöpfung, einen hohen Agraranteil, große Einkommensunterschiede, eine mangelhafte Infrastruktur und Sozialsysteme und durch die Umweltverschmutzung. Die erhebliche Größe des Landes und die damit verbundenen Verwaltungsprobleme, sowie das politische Doppelsystem mit Partei und Administration und die verbreitete Korruption stellen erhebliche Probleme dar.

Jedoch gibt es auch bemerkenswerte Verbesserungen: 2007 ist der Anteil der zumindest städtischen erwerbstätigen Bevölkerung mit Sozialversicherung auf etwa 70 Prozent gestiegen und auch auf dem Land hat sich die Sozialhilfe sprunghaft verbessert. Chinas Außen- und Sicherheitspolitik wird geprägt von der sicherheitspolitischen Umgebung, von Geschichte und Staatsverständnis, von den strategischen Zielen und neuen Herausforderungen, wie der zunehmenden Abhängigkeit von Energieimporten.

Tagungsleiterin Saskia Hieber erklärte chinesische Befürchtungen vor amerikanischer Militärpräsenz und vor der Ausweitung des NATO-Partnership for Peace-Programms nach Zentralasien damit, eingekesselt zu werden. In Chinas außenpolitischer Wahrnehmung existieren in der Nachbarschaft eine Vielzahl von historischen Konflikten, territorialen Disputen und aufflackernden Spannungen: der Koreakonflikt, das keineswegs nur freundliche Verhältnis zu Russland, Probleme mit Taiwan, die Dispute mit Japan und im Südchinesischen Meer und schließlich die vergangenen militärischen Auseinandersetzungen und neuen geostrategischen Rivalitäten mit Indien.

Freiheit der Seewege

Nicht nur China, auch andere Volkswirtschaften Asiens sind vom Güterexport und Rohstoffimport abhängig und benötigen Schutz und Freiheit der internationalen Handelsrouten und Seewege. Dies zeigt sich auch im internationalen Containerverkehr: Die größten Häfen sind nicht mehr Rotterdam oder Los Angeles, sondern Singapur, Shanghai, Hongkong und Shenzhen. Eine neue und erhebliche Gefahr für den Seetransport ist die Ausbreitung der Piraterie.

Chinas strategische Ziele sind die nationale und territoriale Einheit, die Aufrechterhaltung des Wirtschaftswachstums und die Erweiterung des internationalen und regionalen Einflusses. Besonders das erste strategische Ziel, die Einheit, erklärt, warum die Regierung gegen vermeintliche Separatisten und Extremisten mit eiserner Hand vorgeht. Die Erinnerungen an die Schmach der Kolonialzeit, den Niedergang, an Bürgerkrieg, Krieg und Chaos sind insbesondere der älteren und damit der heutigen Führungsgeneration noch präsent. Somit überraschen auch die im Wesentlichen auf den „Prinzipien der friedlichen Koexistenz“ beruhenden Grundlagen der chinesischen „Unabhängigen Außenpolitik“ nicht: Nichteinmischung, Souveränität, Nichtangriff, Gleichheit, Koexistenz und Entwicklung. ■

Saskia Hieber

NATO-Schule besucht Akademie

Im Zuge der Lehrgänge und Veranstaltungen im Jahr der Unteroffiziere der NATO besuchte eine Delegation der NATO-Schule in Oberammergau unter Leitung von Claus J. Schmitz die Akademie. Unteroffiziere aus den USA, Frankreich, Luxembourg, den Niederlanden, Kanada, Kroatien, Estland, Litauen, Deutschland und England informierten sich über Geschichte und Aufgabe der Akademie. Sie sprachen über ihre unterschiedlichen Erfahrungen bei verschiedenen Aufgaben im Rahmen der NATO und diskutierten mit Saskia Hieber über neue sicherheitspolitische Herausforderungen für die USA und Europa im Bezug auf den Aufstieg Chinas. Ziel des unter General Jones im Jahr 2000 initiierten Ausbildungs- und Trainingsprogramms für Unteroffiziere ist es, gemeinsame Standards innerhalb der NATO zu entwickeln. An der NATO-Schule stehen über die Hälfte der 80 verschiedenen Kurse Unteroffizieren offen. ■ SH



Unteroffiziere aus zehn NATO-Staaten trafen sich in Tutzing zum Erfahrungsaustausch, links Tagungsleiterin Saskia Hieber

Die Zukunft des Journalismus ist multimedial



Der Beruf des Zeitungsjournalisten verändert sich grundlegend. Print zählt nicht mehr allein, es muss cross- und multimedial gedacht und gearbeitet werden. Auf einem Videoseminar in Zusammenarbeit mit dem Institut für Journalistenausbildung lernten Volontäre von Tageszeitungen, wie man Nachrichtenfilme für die Internetseite der Zeitung produziert und ins Netz stellt. An den fünf Seminartagen unter Leitung des Dortmunder Videojournalisten Roman Mischel (rechts) probierte jeder Teilnehmer den kompletten Produktionsprozess eines kurzen Online-Videobeitrags selbst aus: filmen, schneiden, texten und vertonen. Dabei entstanden Nachrichtenfilme über Verkehrsprobleme in Starnberg und die Winterarbeiten an den Schiffen der Seenschifffahrt auf der Werft ebenso wie Kurzportraits. ■

ms

Siehe Presseschau Seite 44

Vor 50 Jahren: Die Akademie nimmt ihre Tätigkeit auf

Mit gewisser Verzögerung kann die Akademie Anfang Oktober 1958 ihre Arbeit in dem seit Juni 1938 im Eigentum der Landesversicherungsanstalt Oberbayern (LVA) stehenden „Haus Buchensee“ in Tutzing aufnehmen.

Nach verschiedenen Nutzungsänderungen hatte das Anwesen zuletzt die Sozialpolitische Schule der LVA beherbergt.

Um sich sogleich der Öffentlichkeit zu präsentieren, wird für den 3. November 1958 zur ersten Pressekonferenz in die Räume der Akademie eingeladen. Neben dem Gründungsdirektor Felix Messerschmid stellen sich der

Unter dem Titel „Die Akademie für Politische Bildung – Ziele, Aufgaben, Methoden“ führt sie mögliche zukünftige Akademiemitarbeiter zu einer dreitägigen Konferenz in Tutzing zusammen.

Ernüchterndes Ergebnis

Der eingeladenen Kreis von insgesamt 45 Bewerbern besteht aus Praktikern wie Theoretikern der politischen Bildung: aus Studienräten, Lehrern, einem Schulrat, freien Schriftstellern, Publizisten, einem Kommunalbeamten, Privatdozenten und jungen Wissenschaftlern der politischen, juristischen, his-

sind. Diese Tatsache wirft ein bezeichnendes Licht auf die Situation der politischen Pädagogik: Sie gehört zu den Gebieten, die der ernsthafte Wissenschaftler vernachlässigt, die er als ‚unwissenschaftlich‘ und daher als unerheblich betrachtet, allenfalls als unwichtiges und für die wissenschaftliche Erkenntnis unfruchtbares Randgebiet.

Politische Bildungsanstrengungen unverzichtbar

Der Verlauf der Konferenz bestätigte die Auffassung, dass die Akademie einen ungepflegten Acker zu betreuen



So präsentierte sich das Haus Buchensee zu Beginn des Akadembetriebs Ende der 50er Jahre



Der Clubraum am Ende der 50er Jahre

Fotos: APB-Archiv

Vorsitzende des Kuratoriums, Hans Rollwagen, sowie von Seiten des Kultusministeriums Regierungsdirektor Karl-Gotthart Hasemann den Fragen der Pressevertreter.

Wenig später wird der Veranstaltungsbetrieb aufgenommen. Mit der Fuge a-moll aus dem Wohltemperierten Klavier von Johann Sebastian Bach beginnt am 6. November 1958 die erste Tagung der Akademie.

torischen und volkswirtschaftlichen Disziplinen sowie auch zwei Ärzten.

In einem später abgefassten Tagungsbericht hielt Felix Messerschmid als ernüchterndes Ergebnis u.a. fest: „Besonders fiel auf, dass offenbar nur sehr wenige Teilnehmer über die pädagogischen Fähigkeiten, Kenntnisse und Erfahrungen verfügen, die für die Tätigkeit in der Akademie unerlässlich

haben wird, und dass sie ihre Mitarbeiter mit äußerster Sorgfalt suchen muss.“ Das mag heute nicht weniger als damals gelten, und schon erst recht für die Unverzichtbarkeit steter politischer Bildungsanstrengungen. ■

Steffen H. Elsner



Michael Schröder (Hrsg.)
Medien – Spaltpilze der Gesellschaft?
München 2008, Olzog Verlag
ISBN: 978-3-7892-8264-5
216 S., 19,90 Euro

Die Autoren:

Andreas Bönnte
Tissy Bruns
Dieter Dörr
Jürgen Engert
Volker Lilienthal

Thomas Morawski
Jessica Sängner
Michael Schröder
Dietrich Schwarzkopf
Tilman Steiner

Medienlandschaft und Gesellschaft der Bundesrepublik haben sich in den vergangenen 25 Jahren seit Einführung des privaten Rundfunks grundlegend gewandelt. In der Gunst der bis 49-jährigen Zuschauer sind kommerzielle Fernsehsender die unangefochtenen Spitzenreiter. Die Märkte sind gespalten. Boulevardisierung und Unterhaltung bilden den Schwerpunkt der Angebote zur Hauptsendezeit und im Vorabendprogramm. Digitale Medien und das Internet treiben die Globalisierung der Kommunikation voran und verändern die Mediennutzung nachhaltig.

Können die Medien ihren Auftrag zur Integration unserer Gesellschaft unter diesen Umständen überhaupt noch leisten? Liefern sie noch den täglichen Leim, der die Gesellschaft zusammenhält? Oder gehen wir ihnen, den Medien, eher auf den Leim? Betreiben sie vielleicht gar das Geschäft der Entpolitisierung und Politikerverdrossenheit? Und welche Rolle spielen Politiker in einer Mediokratie, wenn sie die Präsentations- und Handlungslogik der Medien übernehmen und die Theatralisierung von Politik ständig voranschreitet? Wissenschaftler und Journalisten untersuchen aus verschiedenen Perspektiven diese Fragen, die für das zukünftige Zusammenleben in unserer Gesellschaft von zentraler Bedeutung sind.

Stefan Köppl:
Das politische System Italiens. Eine Einführung
Wiesbaden 2007, VS Verlag
ISBN 978-3-531-14068-1
294 S., 22,90 Euro

„**E**ine Einführung in das politische System Italiens zu erarbeiten kommt dem Versuch gleich, den sprichwörtlichen Pudding an die Wand zu nageln ...

Dass eine Einführung in das politische System Italiens lange überfällig war, zeugt vielleicht von der Schwierigkeit und auch dem Risiko des Unterfangens.

Stefan Köppl hat diese Herausforderung angenommen und gemeistert. Er hat für seine Einführung mit elf großen Themenblöcken eine breite Darstellungsperspektive gewählt. Die übersichtliche Gliederung ermöglicht einen schnellen Zugriff und geht über

einen rein institutionellen Begriff des politischen Systems hinaus, wie es auch bei vergleichenden Standardeinführungen üblich ist. ...

Diese Einführung ist daher mit der Kernbotschaft verbunden, dass in der Gesamtschau eher Kontinuität als Umbruch das politische System Italiens prägt. Es wird also nicht nur in die Prozesse des politischen Systems eingeführt, sondern auch (praktisch nebenbei) eine der Kernfragen der Italien-Forschung der letzten Jahre beantwortet. Allein deshalb ist das Buch für jeden Italien-Forscher und Interessierten fast Pflicht.“

*Eike-Christian Hornig
in: PVS 4/08 S. 777f*

Neu: „Tutzingen Schriften zur politischen Bildung“

Mit den beiden Bänden eröffnet die Akademie eine neue Reihe, welche die ausgewählten Themenbereiche fachwissenschaftlich durchdringen, ihre Relevanz für die politische Bildung aufzeigen und Hinweise für die praktische Umsetzung in Bildungsprozessen geben will.



Saskia Hieber:

Asiatische Riesen

Aufstiegspotentiale Chinas und Indiens als Gegenstand der politischen Bildung

96 S., Wochenschau Verlag 2009

ISBN: 978-3-89974472-9, 12,80 Euro

Asien ist in vielen Institutionen der politischen Bildung bisher nicht oder noch nicht lange ein eigenständiges Arbeitsgebiet. Die Aufstiegs- und Absturzpotentiale in Asien sind jedoch nicht nur interessant und relevant für Vertreter der Wirtschaft, der Medien und der akademischen Welt, sondern für alle Teile der Wissenschaftslandschaft und der Bevölkerung. Asien zieht neue Interessenten der politischen Bildung an. Die vorliegende Arbeit stellt sich der Aufgabe, die Bedeutung des Aufstiegs asiatischer Großmächte zu analysieren, die verwendeten Methoden und die Zielgruppen zu beschreiben und Ergebnisse für die politische Bildung aufzuzeigen.

Miriam Wolf:

Ethische Kontroverse – demokratische Mitwirkung

Bio- und Gentechnologie als Thema der politischen Bildung

128 S., Wochenschau Verlag 2009

ISBN: 978-3-89974471-2, 14,80 Euro

Ethik gilt vielen als exklusiver Hoheitsbereich von Experten, vor allem wenn es dabei um technische oder naturwissenschaftliche Themen geht wie im Falle der Bio- und Gentechnologie. Mit den Zielen politischer Bildung scheint die Beschäftigung mit ethischen Fragen jedenfalls nicht vereinbar. Doch gerade hier, wenn es um die Grundlagen unseres Lebens und um unser Selbstverständnis als Menschen geht, ist die demokratische Teilhabe durch politische Bildung unabdingbar. Doch anhand welcher Kriterien sollen wir entscheiden? Reichen die vorhandenen Rechtsinstrumente aus? Und was verbirgt sich eigentlich hinter den naturwissenschaftlichen Versprechungen und bioethischen Diskussionen? Was dürfen wir mit Blick auf bio- und gentechnologische Entwicklungen wollen? Was müssen wir tun?

Die Autorin zeichnet die Grundlinien der Debatte nach, die sich rund um den Kompromiss über den Import embryonaler Stammzellen im Jahr 2002 und danach zwischen Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft entsponnen hat, erläutert deren Argumentationsweisen und zeigt, dass politische Bildung gerade in bioethischen Fragen zur Urteilsbildung beitragen muss. Denn es handelt sich um eine grundlegende politische Kontroverse, die weder rechtlich noch (natur-)wissenschaftlich noch durch eine von allen geteilte Moral entschieden werden kann. Sie ist allein politisch zu lösen.



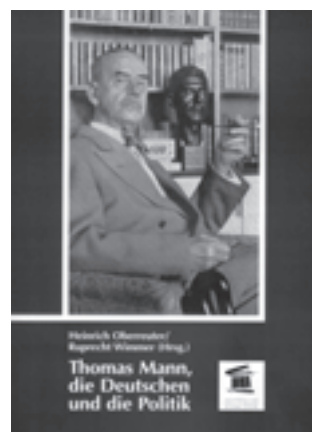
Jahresbibliografien 2008

Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Oberreuter

Als Herausgeber:

Thomas Mann, die Deutschen und die Politik (Hrsg. mit Ruprecht Wimmer), München 2008 (Akademischer Verlag), 115 S.

Über die Freiheit. Festvorträge zur Gründung und zu den Jubiläen der Akademie. 50 Jahre Akademie für Politische Bildung (Hrsg.). München 2008 (Olzog), 160 S.



Aufsätze in Sammelwerken:

Verfassung als Grundordnung der Freiheit. Anmerkungen zu den Ausgewählten Reden und Schriften Claus Arndts, in: Bernd M. Kraske (Hrsg.): Claus Arndt 80 Jahre, Bad Schwartau 2008 (WFB Verlagsgruppe), S. 35 - 42.

Reform in der Demokratie, in: Einsichten schaffen Aussichten. Festschrift für Randolph Rodenstock zum 60. Geburtstag, Köln 2008 (Deutscher Instituts-Verlag), S. 330 - 338.

Geist und Politik. Ein Vorwort, in: Heinrich Oberreuter / Ruprecht Wimmer (Hrsg.): Thomas Mann, die Deutschen und die Politik, München 2008 (Akademischer Verlag), S. 5 - 6.

„Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet.“ Carl Schmitt in der Agonie der Weimarer Republik, in: Udo Wengst / Andreas Wirsching (Hrsg.): Geschichtswissenschaft und Zeiterkenntnis. Von der Aufklärung bis zur Gegenwart. Festschrift zum 65. Geburtstag von Horst Möller, München 2008 (Oldenbourg), S. 163 - 176.

Gemeinsinn und Verantwortung, in: Heinrich Oberreuter (Hrsg.): Über die Freiheit. Festvorträge zur Gründung und zu den Jubiläen der Akademie. 50 Jahre Akademie für Politische Bildung, München 2008 (Olzog), S. 7 - 13.

Artikel in Handbüchern:

Lafontaine, Oskar, in: Udo Kempf / Hans-Georg Merz (Hrsg.): Kanzler und Minister 1998-2005. Biografisches Lexikon der deutschen Bundesregierungen. Wiesbaden 2008 (VS Verlag für Sozialwissenschaften), (S. 234 - 239)

Aufsätze in Zeitschriften:

Stoibers Sturz. Ein Beispiel für die Selbstgefährdung politischer Macht, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl), 39. Jg., Heft 1/2008, S. 112 - 118.

Verfassung als Grundordnung der Freiheit, in: Zeitschrift für Politik (ZfP), 55. Jg., Heft 2/2008, S. 221 - 226.

Steffen H. Elsner

Das Petitionswesen: Impulsgeber für mehr direkte Demokratie? [Gutachterliche Stellungnahme], in: Fraktion Die Linke im Deutschen Bundestag (Hrsg.): Mit Petitionen Politik ändern – Mit Politik das Petitionsrecht ändern. Reader zur Expertenanhörung der Fraktion Die Linke im Deutschen Bundestag am 5. November 2007 in Berlin. AK V BürgerInnenrechte und Demokratie. Berlin 2008, S. 42 - 47.

Dokumentation: Programme der Jubiläumsfeiern und Quellennachweise, in: Heinrich Oberreuter (Hrsg.): Über die Freiheit. Festvorträge zur Gründung und zu den Jubiläen der Akademie. 50 Jahre Akademie für Politische Bildung. München 2008 (Olzog), S. 143 - 147.

Dokumentation: Die Autoren – biografische Rahmendaten, in: Heinrich Oberreuter (Hrsg.): Über die Freiheit. Festvorträge zur Gründung und zu den Jubiläen der Akademie. 50 Jahre Akademie für Politische Bildung. München 2008 (Olzog), S. 149 - 153.

Dr. Saskia Hieber

Aufsätze in Zeitschriften:

China und seine Nachbarn. Bedroht eine neue Supermacht die asiatisch-pazifische Region?, in: Diskurs (Themenheft Krieg und Frieden), 4. Jg., Nr. 1/2008, S. 83 - 95.

China 2008 – innenpolitische Lage und sicherheitspolitische Herausforderungen, in: Hirschberg, Jg. 61, Nr. 2/2008, S. 71 - 73.

China's Defence Policy and Energy Security Interests, in: Luftkriegsskolens Skriftserie (Heft Gils Luftmaktseminar 2008), Jg. 18, 2008, S. 65 - 79.

Aufsätze in Internet-Dossiers:

Asien – Wirtschaftsboom und globale Energieinteressen, in: Dossier Energiepolitik, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2008, http://www.bpb.de/themen/4GVCOZ,0,Asien_%96_Wirtschaftsboom_und_globale_Energieinteressen.html

Der Konflikt zwischen China und Tibet vier Monate vor den Olympischen Spielen in Peking, in: Akademie Kurzanalyse, Nr. 2/2008, Akademie für Politische Bildung Tutzing, http://web.apb-tutzing.de/apb/cms/fileadmin/uploads/media/Akademie-Kurzanalyse_2_2008.pdf

Dr. Gero Kellermann

Risk Management Through National Ethics Councils?, in: Lotte Asveld / Sabine Roeser (Hrsg.): The Ethics of Technological Risk, London 2008 (earthscan), S. 237 - 251.

Stefan Köppl

Aufsätze in Sammelwerken:

Die Europäische Union nach der Verfassungskrise: handlungsfähig, demokratisch, erweiterungsfähig?, in: Irene Chytraeus-Auerbach / Georg Maag (Hrsg.): Italien und Deutschland in Europa (Kultur und Technik. Schriftenreihe des Internationalen Zentrums für Kultur- und Technikforschung der Universität Stuttgart, Band 10), Münster et al. 2008 (Lit), S. 37 - 56.

Plebiszitäre Mehrheitsdemokratie gegen Parteienproporzdemokratie in Italien, in: Johannes Pollak / Fritz Sager / Ulrich Sarcinelli / Annette Zimmer (Hrsg.): Politik und Persönlichkeit, Wien 2008 (Facultas), S. 251 - 265.

Aufsätze in Zeitschriften:

Ein Blick über die Grenzen hilft manchmal weiter. Eine Replik auf Gerd Strohmeier in Heft 3/2007 der ZParl, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl), 39. Jg., Heft 1/2008, S. 163 - 168.

Prodis Sturz, in: Politische Studien, 59. Jg., Heft 419/2008, S. 75 - 83.

Von der Verfassungskrise zum Vertrag von Lissabon – die EU auf dem Weg zu mehr Effizienz und Demokratie?, in: Gesellschaft – Wirtschaft – Politik, 57. Jg., Heft 2/2008, S. 227 - 238.

Wahlsieg mit Ansage – und doch mit Überraschungen. Die italienischen Parlamentswahlen vom 13./14. April 2008, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 39. Jg., Heft 4/2008, S. 740 - 756.

Akademie-Kurzanalysen:

Der Vertrag von Lissabon und das irische Nein – die Europäische Union in der Krise?, Akademie-Kurzanalyse 4/2008, Akademie für Politische Bildung Tutzing
(http://web.apb-tutzing.de/apb/cms/fileadmin/uploads/media/Akademie-Kurzanalyse_4_2008.pdf)

Berlusconi zum Dritten. Italien nach den Parlamentswahlen, Akademie-Kurzanalyse 3/2008, Akademie für Politische Bildung Tutzing
(http://web.apb-tutzing.de/apb/cms/fileadmin/uploads/media/Akademie-Kurzanalyse_3_2008.pdf)

Dr. Wolfgang Quaisser

The New European Union: Confronting the Challenges of Integration (mit Steve Wood), Boulder Colorado 2008 (Lynne Rienner Publishers), 253 S.

What Future for the European Union? An Economic Debate and Perspective (mit Manfred Wegner), Forst Arbeitspapier Nr. 43, München 2008, 34 S.

Die Soziale Marktwirtschaft in der globalisierten Welt, in: Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH): Drittes Forum: Menschenwürdige Wirtschaftsordnung, 60 Jahre Soziale Marktwirtschaft in einer globalisierten Welt – Beiträge zur Tagung 2007 in Tutzing, Sonderheft 1, Halle 2008, S. 7 - 20.

The "New European Union" – Characteristics, Contradictions and Challenges (zusammen mit Steve Wood), Kurzanalysen und Informationen des Osteuropa-Instituts Regensburg, Nr. 30, Regensburg 2008, 7 S.

Die Lissabon-Strategie 2: Weniger Rhetorik und bessere Ergebnisse? Die Neuen Mitgliedsländer im Fokus (zusammen mit Michael Knogler). Kurzanalysen und Informationen des Osteuropa-Instituts Regensburg, Nr. 33, Regensburg 2008, 12 S.

Thomas Schölderle

Das BKA-Gesetz und die Vetospieler-Position des Bundesrats (Akademie-Kurzanalyse 7/2008) Tutzing 2008 [www.apb-tutzing.de]

Rezension zu: Andreas Heyer: Sozialutopien der Neuzeit. Bibliographisches Handbuch. Band 1: Bibliographie der Forschungsliteratur, Münster 2008 (LIT Verlag). Rezension vom 01.12.2008, in: socialnet Rezensionen [www.socialnet.de/rezensionen/6462.php].

Rezension zu: Arbogast Schmitt: Die Moderne und Platon. Zwei Grundformen europäischer Rationalität, 2., überarb. Aufl., Stuttgart/Weimar 2008 (J.B. Metzler). Rezension vom 15.07.2008, in: socialnet Rezensionen [www.socialnet.de/rezensionen/6276.php].

Rezension zu: Hans G. Homfeldt / Wolfgang Schröer / Cornelia Schweppe (Hrsg.): Soziale Arbeit und Transnationalität. Herausforderungen eines spannungsreichen Bezugs, Weinheim 2008 (Juventa). Rezension vom 21.05.2008, in: socialnet Rezensionen [www.socialnet.de/rezensionen/6007.php].

Dr. Michael Schröder

als Herausgeber:

Schlagkräftige Bilder. Jugend – Gewalt – Medien (Hrsg. zus. mit Axel Schwanebeck), München 2008 (Fischer), 169 S.

Medien – Spaltpilze der Gesellschaft? (Hrsg.), München 2008 (Olzog), 221 S.

Aufsätze:

Mord und Totschlag gehen immer. Jugendgewalt, politischer Diskurs und Medienresonanz, in: Schlagkräftige Bilder. Jugend – Gewalt – Medien (Hrsg. zus. mit Axel Schwanebeck), München 2008 (Fischer), S. 107 - 112.

Politiker im Fadenkreuz der Boulevardisierung, in: Michael Schröder (Hrsg.): Medien – Spaltpilze der Gesellschaft? München 2008 (Olzog), S. 33 - 46.

Online-Publikation:

Die Online-Existenz der öffentlich-rechtlichen Anstalten ist gesichert. Zum Entwurf des 12. Rundfunkänderungsstaatsvertrages. Akademie-Kurzanalyse 5/2008.

http://web.apb-tutzing.de/apb/cms/fileadmin/uploads/media/Akademie-Kurzanalyse_5_2008.pdf

Dr. Manfred Schwarzmeier

Online-Publikation:

„Der richtige Geist...“ – Die Koalitionsverhandlungen zwischen CSU und FDP in Bayern 2008. Akademie-Kurzanalyse 6/2008.

http://web.apb-tutzing.de/apb/cms/fileadmin/uploads/media/Akademie-Kurzanalyse_6_2008.pdf

Dr. Michael Spieker

Aufsätze:

Liebe, Leben, Denken. Religion und Philosophie beim frühen Hegel, in: Markus Enders (Hrsg.): Jahrbuch für Religionsphilosophie 7 (2008), S. 124 - 144.

Hegel contra Gorgias. Die Wissenschaft der Logik als Widerlegung der Aporie vom Nichtseienden, in: Jürgasch, Thomas / Karimi, Ahmad Milad / Koridze, Georg / Ruhstorfer, Karlheinz (Hrsg.): Gegenwart der Einheit. Zum Begriff der Religion. Festschrift zu Ehren von Bernhard Uhde, Freiburg 2008, S.187 - 202.

Dr. Jürgen Weber

Das waren Zeiten – Deutschland in der Welt nach 1945 (= Neue Ausgabe Niedersachsen, Band 5 für die Jahrgangsstufe 10 an Gymnasien), Mitautor, hrsg. von Dieter Brückner und Harald Focke, Bamberg 2008 (Buchner), 167 S.

Das waren Zeiten – Die Auflösung der bipolaren Welt (= Neue Ausgabe Bayern, Band 5 für die Jahrgangsstufe 10 an Gymnasien), hrsg. von Dieter Brückner und Harald Focke, Bamberg 2008 (Buchner), 139 S.

Buchners Kompendium Geschichte. Von der Antike bis zur Gegenwart, Mitautor, hrsg. von Maximilian Lanzinner, Bamberg 2008, S. 389 - 521.

Felix Serrao in der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG vom 15. Dezember 2008:

Die Arroganz der Macht und die Demut der Ohnmacht

... Als erstes spricht am Freitag in Tutzing der frühere CSU-Chef Huber. Was der 62-jährige eine halbe Stunde lang ruhig und sachlich vorträgt, ist neu. Nicht so sehr die milde Selbstkritik; die kennt man noch vom jüngsten Parteitag. Hier kommt noch eine bemerkenswerte Skepsis dazu, was die Möglichkeit einer Rückkehr zu alten Machtverhältnissen angeht. Huber sagt, dass er nach der schweren Wahlschlappe der CSU nicht mit einer schnellen Erholung der Partei rechne, dass das Ergebnis nicht bloß ein „Betriebsunfall“ gewesen sei. Der Vorwurf, die CSU habe nach ihrer langen Alleinregierung an einer „Arroganz der Macht“ gelitten, habe einen „wahren Kern“. Zudem habe die Partei zu wenig Junge, zu wenig Frauen und keinen Draht zu neuen sozialen Bewegungen. Huber spricht hier vom „informellen Bürgerengagement“ und meint damit vermutlich all die Dinge, die Menschen außerhalb von Partei- und Verbandsstrukturen so tun. In der CSU habe man so etwas „bislang immer etwas skeptisch gesehen“.

Der zweite Redner der CSU, Ministerpräsident Horst Seehofer, verspricht den Bürgern Bayerns am Sonntagmorgen gar einen „dramatisch“ anderen Politikstil, mit mehr „Dialog“. Die CSU habe vor der Wahl „allzu lange nicht gemerkt, dass da etwas nicht mehr stimmt“. Ihr Motto – „Näher am Menschen“ – hätten die Menschen so eben nicht erlebt.

Bleiben die Wahlsieger. So denkt man zumindest – und für die selbstbewussten Vorträge von Sepp Daxenberger (Grüne), Michael Piazzolo (Freie Wähler) und Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) trifft das in Tutzing auch zu.

Doch dann kommt noch Franz Maget. Der ehemalige Spitzenkandidat der SPD und heutige Oppositionsführer im Landtag bezeichnet das CSU-Ergebnis am Samstag naturgemäß als „Absturz“. Aber was er anschließend über sich und seine Partei sagt, ist weit mehr, als dem verlorenen Prozentpunkt bei der Wahl und der von Akademiechef Heinrich Oberreuter eingeforderten „Selbstkritik“ genüge täte. Die SPD

leide im Bund wie in Bayern an ihrem widersprüchlichen Umgang mit der „Agenda 2010“, also an der eigenen Reformpolitik. Einerseits erkenne die Partei das, was sie da getan habe, als richtig an, sagt Maget. Andererseits sagten viele Mitglieder bis heute: „Es war unsozial“. Eine Folge sei gewesen, dass die Bayern der SPD das Regieren schlicht nicht zugetraut hätten. Maget spricht von „Skepsis, vorsichtig ausgedrückt“. Zudem habe die Partei zu wenig wählbares Personal. „In der Fläche“ des Freistaats gebe es „ganze Landstriche“ ohne attraktive SPD-Kandidaten. Schließlich redet Maget noch über die Jugend. Bei ihr spüre er – man achte auf die Wortwahl – eine „Sehnsucht nach politischer Führung“. Nur: „Mir fällt selbst nicht ein, wie man's machen soll.“

Wenn es stimmt, dass die CSU bislang unter einer „Arroganz der Macht“ gelitten hat, dann ist das, was Maget hier darbietet, das andere Extrem: die Demut der Ohnmacht. Ein älterer Herr, der in der Kaffeepause kopfschüttelnd in die Runde guckt, spricht von Magets „Offenbarungseid“. ...

Die Deutsche Presse-Agentur (dpa) meldete am 14. Dezember 2008:

„Werden Stil dramatisch ändern“

Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) hat den Bürgern im Freistaat als eine Konsequenz der herben CSU-Wahlniederlage einen komplett anderen Politikstil versprochen. „Wir werden den Politikstil dramatisch verändern, im Sinne von Dialog“, sagte Seehofer gestern in Tutzing. Er wolle „Zutrauen herstellen anstelle von Zumutung“. Seehofer sprach bei einer Tagung zur Landtagswahl Ende September in der Akademie für Politische Bildung. Mit Blick auf die Regierungsarbeit sagte der Ministerpräsident, es

sei nie verkehrt, politische Entscheidungen zu korrigieren, auch wenn man sie zuvor teils jahrelang vertreten habe. Als Beispiel nannte er den Stopp der Ausbau-Pläne für den Flughafen Oberpfaffenhofen.

Seehofer räumte ein, die CSU habe vor der Wahl „allzu lange nicht gemerkt, dass da etwas nicht mehr stimmt“. Das CSU-Motto „Näher am Menschen“ hätten die Menschen so eben nicht erlebt. Zudem habe es in der CSU nach vergangenen Wahlen nie offene Wahlanalysen gegeben. Als Ursachen für das

Landtagswahl-Fiasko der CSU nannte Seehofer ein Bündel von strukturellen, personellen und organisatorischen Problemen.

SPD-Landtagsfraktionschef Franz Maget hatte erklärt, die Partei brauche im Freistaat ein „regelrechtes Aufbau- und Restrukturierungsprogramm“. „Sonst werden wir in der Fläche noch mehr verlieren und nur noch in den urbanen Zentren existieren.“

(Siehe Bericht Seite 3-13)

Georg Paul Hefty in der FRANKFURTER ALLGEMEINEN ZEITUNG vom 22. Dezember 2008:

Mit der Niederlage zur Wahrheit

Am Anfang muss die Wahrheit stehen. Sie auszusprechen, hatte Erwin Huber auf sich genommen. Die Eingangsrede des vor wenigen Wochen gestürzten CSU-Vorsitzenden wirkte bei der Tagung der staatlichen bayerischen Akademie für Politische Bildung Tutzing über das Ergebnis und die Folgen der Landtagswahl vom September wie ein Befreiungsschlag. Niemand brauchte mehr um den heißen Brei herumzureden, anderen Vorwürfe zu machen oder sich ins rechte Licht zu setzen, denn die damaligen Umstände waren nach Hubers Aussagen glasklar: Die CSU selbst hat ihre Niederlage, den Absturz von mehr als 60 auf nur noch annähernd 43 Prozent, verschuldet. „Das war kein vorübergehender Betriebsunfall“, gestand der für den Wahlkampf Verantwortliche ein, der keinerlei Versuche machte, etwa den damaligen Ministerpräsidenten Beckstein, den eigentlichen Spitzenkandidaten und vermeintlichen Wählermagneten in einer Landtagswahl, vor sich herzuschieben. Im Gegenteil, er attestierte ihnen beiden „eine sehr verlässliche gute Partnerschaft in dieser Zeit“.

Allerdings war Huber auch nicht bereit, den Absturz in der Wählergunst lediglich aus seiner genau ein Jahr währenden Amtszeit als CSU-Vorsitzender abzuleiten, auch nicht aus den 21 Monaten zwischen seiner Bewerbung um die Nachfolge Edmund Stoibers und der Niederlage. Der Niederbayer sah den Ursprung in einer „gewissen Hybris“, die sich nach dem Wahltriumph im Jahre 2003 eingestellt habe. Das allerdings konnte von keinem Zuhörer als eifriges Schrubben Hubers am eigenen Bild missverstanden werden, denn der damalige Minister in Stoibers Staatskanzlei ist als der ressortübergreifende Durchsetzer aller hochfahrenden Reformen des Ministerpräsidenten in Erinnerung geblieben.

Was der Exekutor als die „Robustheit der Seele beim Sparen“ qualifizierte, hat zwar Bayern zu einer Sonderstellung unter allen Ländern verholfen, aber die aus der deutschen Parteienlandschaft herausragende CSU fast umgebracht. Huber hatte auf dessen Forderung hin Hand in Hand mit Stoiber zu dessen Sturz unwillentlich schon beigetragen, als er noch überhaupt nicht daran dachte, Stoibers Nachfolger zu werden. Zu den verunglückten gemeinsamen Vorarbeiten kam in Hubers eigentlichem Jahr allein der Bedeutungsverlust der CSU und damit Bayerns in der Bundesrepublik hinzu, den die CDU-Vorsitzende und Bundeskanzlerin Merkel dem Volksfahrrad-Tandem Huber/Beckstein genüsslich bereitete.

Nach dieser Vorgeschichte konnten die Wortführer der Parteien, die sich zu Recht – Freie Wähler, Grüne und FDP – oder zu Unrecht – SPD – als Wahlgewinner fühlen, nicht mehr so tun, als hätten ihr Erfolg und das Desaster der CSU an den wundervollen Wahlkampfideen der parlamentarischen (SPD und Grüne) oder der bis dahin außerparlamentarischen Opposition (FW und FDP) gelegen. So gesehen hat Huber, der nun dem Wirtschaftsausschuss des Landtags vorsitzt, auf diesem Forum seiner Partei wieder einen raffinierten Dienst erwiesen.

Der grüne Fraktionsvorsitzende Daxenberger konnte zwar die programmatischen Vorzüge seiner Partei herausstellen und damit den Wählerzuwachs um 1,7 Prozentpunkte klären, aber als Begründung für weitere schönste Aussichten taugen sie nicht. Denn während die Grünen mit den Worten „Da tut sich was“ auf einen Stimmengewinn unter den Landwirten verweisen, haben die Freien Wähler und die FDP zusammen einen Stimmenzuwachs von 11,6 Punkten verbucht. Da blieb dem Bauer, dem

Schlosser und ehemaligen Bürgermeister nicht viel anderes übrig, als das Fortbestehen eines „bürgerlichen Lagers“ zu bestreiten und darauf zu hoffen, dass eines Tages die Anziehungskraft von SPD und Grünen auf die beiden Parteien FW und FDP doch noch größer sein werde als die der CSU. ...

Till Hofmann in der AUGSBURGER ALLGEMEINEN vom 15. Dezember 2008:

Bekenntnisse am Starnberger See

... Die Gewinner der Wahl traten optimistisch in der Akademie für Politische Bildung am Starnberger See auf. „Wir werden gebraucht, um die Verbotspolitik der CSU zu korrigieren“, sagte FDP-Landesvorsitzende Sabine Leutheusser-Schnarrenberger. Die Liberalen hätten mit dem Wirtschafts- und dem Wissenschaftsministerium die „Zukunftsressorts“ besetzt.

Michael Piazzolo, stellvertretender Landes- und Fraktionsvorsitzender der Freien Wähler, war selbst überrascht „über unser Ergebnis“. Mit 10,2 Prozent sind die Freien erstmals im Landtag vertreten und auf Anhieb drittstärkste Fraktion geworden.

Grünen-Fraktionschef Sepp Daxenberger sieht im Wahlergebnis „weg von der CSU“ nur einen „Zwischenschritt“. Als „Themenpartei“ möchten die Grünen künftig im bürgerlichen Lager punkten.

Etwas ratlos zeigte sich der Fraktionschef der zweiten Verliererpartei, Franz Maget (SPD). Die Sozialdemokraten haben die 20-Prozent-Marke noch deutlicher verpasst als vor fünf Jahren. „Mir fällt nichts ein, wie wir’s machen sollen“, bekannte er. ...

(Siehe Bericht Seite 3-13)

Michael Kemmerer im MAIN-ECHO vom 20./21. Dezember 2008:

Schleichende Boulevardisierung

„Wir sind viel zu harmlos. Wir werden als Teil der Politik wahrgenommen. Das ist das Problem.“ Hans-Ulrich Jörges, Mitglied der Chefredaktion des Magazins „Stern“, machte seinem Unmut unmissverständlich Luft. Bei der Abschlussdiskussion der Tutzinger Tagung attackierte er die Medien.

Von allzu viel Nähe zwischen Politikern und Journalisten wollte Claudia Roth, Bundesvorsitzende der Grünen, nichts erzählen: Rot-Grün sei in der Endphase dieser Koalition niedergeschrieben worden. Ihr selbst wurde von einem Journalisten gesagt: „Sie putze ich heute weg.“ Politikerinnen werde bei Streit vorgehalten, sie seien zän-

kisch und zickig. Nebensächlichkeiten wie die Frisur von Angela Merkel oder die Tränen von Claudia Roth seien den Medien wichtiger als politische Aussagen.

Eberhard Sinner, medienpolitischer Sprecher der CSU (Lohr), nahm die Politiker in die Pflicht, um der Verdrossenheit des Volkes gegenzusteuern. Sie hätten sich einer besseren Sprache zu befleißigen und sollten das Parlament wichtiger nehmen als Talkshows. Sie müssten mehr halten als versprechen und vom US-Wahlsieger Barack Obama lernen. Bürgergutachten könnten die Politik besser verankern. Journalisten müssten mehr recherchieren

statt einen „Alarmismus“ pflegen, forderte Sinner. Bedenklich sei, dass nur noch 34 Prozent der 12- bis 24-Jährigen politisch interessiert seien. 1991 waren es noch über die Hälfte. Sinner setzt auf das Internet, um Jugendliche besser zu erreichen. „Da können sie die verstaubten Fernsehformate vergessen“, mokierte sich Sinner.

„Stern“-Chefredakteur Jörges assistierte Sinner: Der Altersdurchschnitt der „Tagesschau“-Zuschauer liege bei 60 Jahren. Vom Aufstieg Barack Obamas zeigten sich alle Diskussionsteilnehmer fasziniert. Allerdings stimmten sie darin überein, dass in Deutschland eine derartige Karriere wegen der andersartigen politischen Strukturen und Vorstellungen kaum denkbar sei.

Christian Raffer im STRAUBINGER TAGBLATT vom 17. Dezember 2008:

Zwischen Inszenierung und Substanzverlust

... In Referaten und einer anschließenden Diskussion beschrieben Reine mann, Bruns und die beiden Tagungsleiter Axel Schwanebeck und Michael Schröder die deutsche Medienrealität, in der politische Debatten schon lange nicht mehr nur in den Parlamenten geführt werden. Ihre Bühne sind vielmehr Talkshows, Zeitungsseiten und immer öfter auch Internetportale. Dort steht die Politik freilich nicht allein, sondern konkurriert mit Unterhaltungsformaten um die begrenzte Aufmerksamkeit der Zuschauer und Leser. Um in diesem Kampf Beachtung zu erhaschen, inszenieren die Politiker ihre Auftritte publikumsgerecht nach einer medieneigenen Logik, die statt auf Information auf Kurzweil setzt, statt auf Aufklärung auf Aufregung. Gleichzeitig fordern und fördern die Medien diese Inszenierung in einem immer rasanteren Takt. Denn die politischen Prozesse in einer parlamentarischen Demokratie sind als solche viel zu komplex und behäbig, um den durchschnittlichen Leser oder

Fernsehzuschauer damit auf Dauer fesseln zu können. Wer es sich als Medienmacher dennoch traut, dem drohen sinkende Quoten und Auflagen. Beides sei in den letzten Jahren zum Maßstab im Journalismus geworden, so Tissy Bruns, die bedauernd feststellte: „Damit haben wir den Teufel ins Haus gelassen.“

Mit der publikumsgerechten Inszenierung freilich rückt die inhaltliche Substanz immer weiter in den Hintergrund. Was zählt, sind schnelle Meldungen, leicht verdauliche Polit-Happen und lebensnahe Geschichten über die Menschen hinter den politischen Ämtern – mit all ihren pikanten Fehlritten. Der notwendige demokratische Diskurs wird schnell zum aufregenden Koalitions- oder Oppositionsstreit stilisiert und die Profilierungssucht mancher Politiker zum gefundenen Fressen der Redaktionen. Die drei von Tissy Bruns vorgetragenen Urqualitäten eines Politikers – Verantwortungsbewusstsein, Leidenschaft und Augenmaß – sind

zwar nach wie vor wichtig. Sie verschwimmen aber hinter der viel grundlegenden Medienkompetenz, die im modernen Politikgeschäft eine Schlüsselposition einnimmt und einer ganzen Branche von politischen Beratungs- und Kommunikationsagenturen in Berlin-Mitte jede Menge Arbeit beschert.

Was am Montag in Tutzing verhandelt wurde, war ein wissenschaftlich begründeter Kulturpessimismus. Denn was das Zusammenspiel von Politik und Medien letztlich beim Bürger hinterlässt, ist messbare und wachsende Politikverdrossenheit, Orientierungslosigkeit, Vertrauensverlust und Wahlenthaltung. Darum auch formulierte Tissy Bruns einen Appell an die Medienmacher, nicht länger aus Angst vor Quoten- und Auflagenverlust auf stromlinienförmige mediale Inszenierungen zu bauen. „Sie müssen sich in Zukunft wieder trauen, Orientierung zu geben und Werte zu vermitteln.“

(Siehe Bericht Seite 14)

Reinhold Michels in der RHEINISCHEN POST vom 12. Dezember 2008:

Sorge der Versorgten

... Folgt man dem Heidelberger Politikwissenschaftler Manfred G. Schmidt, wonach sich in Deutschland die Sozialpolitik „fast zu einer Staatsbürgerversorgung“ entwickelt hat, ließe sich der Gleichmut der Landsleute mit deren Glauben an den immer sorgenden Staat erklären, unter dessen sozialpolitischem Schutz und Schirm es schon nicht gar so schlimm kommen werde. Die grundsätzlich positiven, wenn nicht beflissenen Reaktionen von Bundesregierung und einzelnen Standort-Landesregierungen auf die Hilferufe des notleidenden Autoriesen Opel stützen Bedürfnis und Hoffnung der Deutschen nach sozialer Abfederung ...

Schmidt, der Mannheimer Wirtschaftshistoriker Christoph Buchheim sowie der Potsdamer Zeithistoriker Winfried Süß spannten einen Bogen von den

großen Sozialreformen in den beiden ersten Jahrzehnten der Bonner Republik (Beispiel: Dynamische Rente) über die beispiellose Expansion des Sozialstaates bis zur Mitte der siebziger Jahre, dem Schlingern zwischen weiterem Ausbau des Sozialen und Bremsversuchen zwischen 1979 und 1989, dem Einstieg in das Prinzip Fördern und Fordern ab 2002 unter Kanzler Gerhard Schröder, bis hin zum aktuellen Schwanken der zweiten großen Koalition seit 1949 zwischen Reformrückbau (längerer Bezug von Arbeitslosengeld) bzw. Reformverschärfung (Heraufsetzung des Rentenbezugsalters).

Finanzkrise und allgemeine Rezession 2008/2009 könnten einmal als Marksteine für erneute bundesrepublikanische Umbrüche, hin, genauer: zurück zu wiederum mehr Sozialstaatlichkeit

erinnert werden. Laut Schmidt liegt das auch daran, dass es in Deutschland, anders als etwa in Großbritannien, zwei große Sozialstaatsparteien, nämlich SPD und CDU/CSU, gibt. Beide belauern einander, stets erpicht auf wahlkampfpolitische Vorteilsnahme, wo immer der politische Hauptkonkurrent sich eine wirkliche oder vermeintliche soziale Blöße gibt. Als vorläufig letzter Höhepunkt dieser deutschen sozialstaatlichen Fixierung gilt die Bundestagswahl 2005. Damals machte der vorher so mutige Sozialreformer, Bundeskanzler Gerhard Schröder, Wahlkampf gegen den Geist seines eigenen, wie sich mittlerweile gezeigt hat: erfolgreichen Job-Beschaffungsprogramms, um den Wahlkampf-Gegner CDU/CSU sozial kalt aussehen zu lassen. ...

(Siehe Bericht Seite 28)

Susanne Dietrich in der Starnberger SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG vom 4. November 2008:

Video auf dem Vormarsch

Tutzing Akademie bietet Workshop für Journalisten

„Die Zukunft der Medien ist crossmedial“, denkt Michael Schröder, Dozent an der Akademie für Politische Bildung in Tutzing. Deshalb hat die Journalistenausbildung der Akademie seit Frühjahr 2008 einen neuen Bestandteil: Videojournalismus. Das bedeutet, Kamera, Produktion und Schnitt eines kurzen Filmbeitrags kommen aus einer Hand, der Journalist macht alles selbst.

Er ist unterwegs mit einer tragbaren technischen Ausrüstung – Kamera, Stativ und Mikrophon im handlichen Format. Damit produziert er kurze Filme, vorwiegend für das Internet. „Auf dem Onlineangebot von Zeitungsverlagen

werden in Zukunft neben den Textbeiträgen immer mehr kurze Video-Clips zu finden sein“, prognostiziert Schröder. Zeitungsredakteure müssten deshalb lernen, neben dem klassischen Verfassen von Texten auch in bewegten Bildern denken zu können.

„Die Bilder haben ihre eigene Sprache“, erklärt Roman Mischel. Er ist Trainer für Videojournalismus und betreut den Fernsehworkshop der Akademie für Politische Bildung, bei dem Volontäre und Redakteure von Tageszeitungen lernen, selbst kurze VJ-Beiträge zu produzieren. In Zweier-Teams setzen die elf Kursteilnehmer aktuelle

Themen aus der Region Starnberg filmisch um. Volontärin Yvonne Vranjkovic und Online-Redakteurin Imme Oldenburg – beide kommen aus Passau – drehen auf dem Gelände der Bayerischen Seen-Schifffahrt in Starnberg. „Es wird in Online-Redaktionen selbstverständlich werden, videojournalistisch zu arbeiten“, meint Oldenburg. Alle Kollegen aus ihrem Team machen sich daher mit dem Medium Film vertraut. ...

(Siehe Bericht Seite 33)

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

M ä r z

10-1* 2. – 4. März

The USA under the new President

In Kooperation mit dem Pädagogischen Institut der Stadt München

Leitung: Saskia Hieber / Anton Winkelmann

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Anmeldung über das PI für städtische Lehrer; andere direkt an uns

10-2* 4. – 6. März

Privatradio, Privatfernsehen, Internet

25 Jahre Medienrevolution: Blick zurück im Zorn?

In Kooperation mit dem Deutschen Hausfrauenbund Bayern (DHB)

Leitung: Karl-Heinz Willenborg

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

10-4* 6. – 8. März

60 Jahre Bundesrepublik Deutschland

Rahmenbedingungen, Entwicklungen und Ergebnisse bundesdeutscher Innen- und Außenpolitik seit 1949

in Kooperation mit der Universität der Bundeswehr München

Leitung: Stefan Köppl / Ursula Münch / Carlo Masala

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

11-1* 9. – 13. März

Die USA – von den rebellischen Kolonien zur globalen Supermacht

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Jürgen Weber / Siegfried Münchenbach

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Anmeldung über die Akademie Dillingen

11-4* 9. – 12. März

Schülerforum Politik: USA

Leitung: Saskia Hieber

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

11-3 13. – 15. März

1989 – Friedliche Revolution und Ende der SED-Diktatur

Leitung: Jürgen Weber

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

12-1* 16. – 20. März

Medienerziehung vor Ort: Geschichte und Film

In Zusammenarbeit mit der Akademie Dillingen

Leitung: Michael Schröder / Gottlieb Gaiser

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Außentagung in Potsdam, erhöhte Tagungsgebühr!

Anmeldung über die Akademie Dillingen

12-3 16. März

Umwelt- und Energiepolitik – Europäische Initiativen und regionales Handeln

In Kooperation mit dem Bildungszentrum Nürnberg und

der Vertretung der EU-Kommission in München

Leitung: Wolfgang Quaisser / Hermann Kehl / Henning Arp

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Außentagung im Bildungszentrum Nürnberg

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

12-5 16. – 18. März
60 Jahre Bundesrepublik – Ein Erfolgsmodell mit Zukunft?
Leitung: Heinrich Oberreuter
Sekretariat: Sybille Haug Tel. 08158/256-47

12-4 18. – 20. März
Deutsche, Polen, Europa
Gemeinsame und getrennte Geschichtserzählung
Leitung: Heinrich Oberreuter / Kazimierz Wóycicki
Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

12-2 20. – 22. März
Bedrohte Mittelschicht – gefährdete Demokratie?
Leitung: Wolfgang Quaisser / Jürgen Weber
Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

13-1* 23. – 27. März
Der asiatische Raum
Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen
Leitung: Saskia Hieber / Eva Post
Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53
Anmeldung über die Akademie Dillingen

13-4 25. März
Akademiegespräch im Landtag
Leitung: Heinrich Oberreuter
Sekretariat: Karin Sittkus Tel. 08158/256-49

13-2 27. – 28. März
Energiekrise und Klimawandel
Herausforderungen für Politik und Wirtschaft in Südosteuropa
In Kooperation mit der Evangelischen Akademie Tutzing
und der Südosteuropa-Gesellschaft
Leitung: Wolfgang Quaisser / Martin Held / Hansjörg Brey
Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46
Außentagung in der Evangelischen Akademie Tutzing

13-3 27. – 28. März
Kommunalpolitisches Forum: Zukunftsaufgaben der Kommunalpolitik
In Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Städtetag
Leitung: Josef Deimer / Heinrich Oberreuter
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

14-1* 31. März – 1. April
Fortbildung Internationale Politik
In Kooperation mit der Offiziersschule der Luftwaffe
Leitung: Saskia Hieber / OTL Karl Sedlmaier
Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

E-Mail-Adressen der Sekretariate:

Sybille Haug	Chefsekretariat@apb-tutzing.de
Renate Heinz	R.Heinz@apb-tutzing.de
Ina Rauš	I.Raus@apb-tutzing.de
Heike Schenck	H.Schenck@apb-tutzing.de
Karin Sittkus	K.Sittkus@apb-tutzing.de

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

April

14-2 3. – 5. April

Vernunft, Recht und Staat im Islam

Leitung: Michael Spieker

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

17-1* 20. – 22. April

Aktuelle gesellschaftspolitische Entwicklungen

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Seminarlehrer/innen für Grundfragen der staatsbürgerlichen Bildung am Gymnasium

Leitung: Jürgen Weber / Siegfried Münchenbach

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Anmeldung über die Akademie Dillingen

17-2* 20. – 22. April

Sozialkunde in der gymnasialen Oberstufe

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Seminarlehrer/innen am Gymnasium

Leitung: Jürgen Weber / Siegfried Münchenbach

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Anmeldung über die Akademie Dillingen

17-3* 20. – 22. April

Methodik und Didaktik des Sozialkundeunterrichts

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Seminarlehrer/innen an Realschulen

Leitung: Jürgen Weber / Siegfried Münchenbach / Alexander Ohgke

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Anmeldung über die Akademie Dillingen

17-4* 22. – 24. April

Grundfragen der Politischen Bildung

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Seminarlehrer/innen an Realschulen

Leitung: Karl-Heinz Willenborg

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Anmeldung über die Akademie Dillingen

17-5 22. April

Wirkungen der Osterweiterung in Grenzregionen

In Kooperation mit dem Osteuropa-Institut Regensburg

Leitung: Wolfgang Quaisser

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Außentagung in Regensburg

17-6* 25. – 29. April

Menschen zwischen den Völkern

Akteure der deutsch-russischen Beziehungen des 20. Jahrhunderts

In Kooperation mit der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit,

der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Stiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur

Leitung: Heinrich Oberreuter / Manfred Wilke / Alexander Vatlin

Sekretariat: Sybille Haug Tel. 08158/256-47

Namen und Nachrichten

aus der Akademie

DIREKTOR

Prof. Dr. Heinrich Oberreuter wurde erneut in den Senat der Hochschule für Politik gewählt. Er hielt in München, Sauerlach, Vilshofen und Feldkirchen Vorträge über die Volksparteien im Umbruch und die Herausforderung des Vertrauensverlusts. In Maria Laach sprach er über Christentum, Nation und Bürgerschaft in der Europäischen Union, in Bad Neustadt über das Superwahljahr 2009, an der Evangelischen Akademie Tutzing über das zwiespältige Verhältnis von Medien und Macht sowie in Eichholz über die Folgen der bayerischen Landtagswahl. In Landau referierte und diskutierte er mit Bernhard Vogel die Frage „Was ist konservativ?“ und in München hielt er anlässlich des bayerischen Verfassungstags den Festvortrag über die Bedeutung Bayerns.

KURATORIUM

Prof. Dr. Ursula Männle MdL wurde zur Vorsitzenden des Landtagsausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten gewählt. Vom Königreich Marokko ist sie zur Honorarkonsulin ernannt worden.

Daniela Philippi, die frühere Leiterin der Abteilung Landespolitik im Hörfunk des Bayerischen Rundfunks, ist seit dem 1. Februar 2009 als Regierungssprecherin des bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer tätig.

KOLLEGIUM

Dr. Saskia Hieber hielt im Zuge der Ringvorlesung „Geschichte und Politik Ostasiens“ an der Universität München einen Vortrag über Chinas Energiediplomatie. In Sonthofen sprach sie über Chinas Weltmachtstreben und in Kempten über Chinesische Sicherheitspolitik. Am „George C. Marshall Center“ referierte sie über Chinas verteidigungspolitische Interessen und unterstützte dort einen Seminartag „China“.

Dr. Gero Kellermann referierte in Maria Laach vor dem Politischen Arbeitskreis der Gemeinschaft Katholischer Männer und Frauen im Bund Neudeutschland (KMF) über „Ethische Herausforderungen der Politik“. Außerdem sprach er in Weilheim über „Ethik-Beratung für die Politik? Der Deutsche Ethikrat und sein Einfluss“.

Dr. Michael Schröder referierte in Weilheim über „Politik als Show“, in der Wies bei Steingaden über den „Weg in die Mediokratie“ und im Goethe-Institut München über die politische und wirtschaftliche Situation Deutschlands am Beginn des Superwahljahres 2009.

VERWALTUNG

Reinhold Baumgärtner, Verwaltungsleiter der Akademie von 1960 bis 1984, ist im Dezember 2008 im Alter von 87 Jahren gestorben. Die Verwaltungsgeschäfte der Akademie, deren Förderkreis er bis zu seinem Tod angehörte, führte er unter den Direktoren Felix Messerschmid und Manfred Hättich. Beim Ausscheiden aus dem Dienst erhielt er 1984 das Bundesverdienstkreuz. Die Akademie ist ihm zu Dank verpflichtet und wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Ich interessiere mich für folgende Seminare und bitte um Zusendung der ausführlichen Tagungsprogramme:
(aus organisatorischen Gründen bitte maximal fünf Seminarnummern angeben)

Etwa 4 - 6 Wochen vor Seminarbeginn erhalten Sie von uns die Unterlagen für Ihre verbindliche Anmeldung.

Name..... Vorname.....

Straße.....

PLZ.....Ort.....

Tel..... Fax..... E-Mail.....

Beruf/Institution..... Geburtsjahr.....

Mit dieser Rückmeldung erkläre ich mein Einverständnis zur Verwendung meiner persönlichen Daten im Rahmen der tagungsbezogenen Datenverarbeitung der Akademie für Politische Bildung Tutzing